

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1925

322 (16.7.1925) Morgenausgabe

Bezugspreis frei ins Haus halbjährlich 1.50 M. im Verlag oder in den Zweigstellen...

Badische Presse

Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung Verbretelste Zeitung Badens. Karlsruhe, Donnerstag, den 16. Juli 1925.

Eigentum und Verlag von: Ferdinand Thiergarten: Chefredakteur: Dr. Walter Schneider...

Die Aufwertungsvorlage vor dem Reichstag

Wärmjzenen im Hause. - Kundgebungen der Tribünenbesucher. - Ablehnung des Antrags auf Erhöhung des Aufwertungsgegesetzes. - Es bleibt bei 25%. Das Aufwertungsgegesetz mit 230 gegen 197 Stimmen angenommen.

Errichtung der Rentenbankkreditanstalt.

m. Berlin, 15. Juli. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die Mittwoch-Tagesordnung des Reichstages mußte sich eine Abänderung gefallen lassen, da die Beschlüsse der zweiten Lesung...

Die dritte Beratung des Aufwertungsgegesetzes

Die Ausführungen des völkischen Abgeordneten Hennig führte zu Kundgebungen der Tribünenbesucher, sodas der Reichstagspräsident Löbe für den Wiederholungsbesuch, sodas der Reichstagspräsident Löbe für den Wiederholungsbesuch...

Sitzungs-Bericht.

II. Berlin, 15. Juli. (Drahtbericht.) Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 3.20 Uhr.

Zur Verhandlung steht zunächst die 2. Lesung des Gesetzentwurfes über die Errichtung der Rentenbankkreditanstalt.

Reichsernährungsminister Graf Kanitz leitet die Beratungen mit einem kurzen Ueberblick über die Vorgänge ein, die notwendig sei, um der Landwirtschaft die Möglichkeit zu geben, ihre schwere volkswirtschaftliche Aufgabe zu erfüllen.

Abg. Schmidt (Soz.) behauptet, die Landwirtschaft erhalte geradezu an Krediten, (Rechtlicher Widerspruch rechts und in der Mitte.) Es sei nicht richtig, das die Landwirtschaft ihre Produkte nur einmal im Jahre absetze und zu Geld mache.

Abg. Dietrich-Brenzlau (Dn.) gibt eine Erklärung der Regierungsparteien ab, in der die Errichtung der Rentenbankkreditanstalt begrüßt wird, als ein Mittel, die schwere Not unter der der Landwirtschaft infolge der Inflation und seit der Stabilisierung unserer Währung...

Abg. Hoernle (Komm.) wendet sich gegen die Forderung der Errichtung der Rentenbankkreditanstalt. Man wolle anscheinend wenig Warm machen.

Abg. Könnemann (Dem.) erkennt an, das das Kreditbedürfnis der Landwirtschaft sehr groß sei. Diese Erkenntnis zeige sich jedoch in allen Zweigen des landwirtschaftlichen Lebens, besonders im Mittelstand.

Abg. Könnemann (Dem.) erkennt an, das das Kreditbedürfnis der Landwirtschaft sehr groß sei. Diese Erkenntnis zeige sich jedoch in allen Zweigen des landwirtschaftlichen Lebens, besonders im Mittelstand.

Bedenken stimmt der Redner der Vorlage zu, weil seine Fraktion nicht abseits stehen wolle, wenn es gälte, der Landwirtschaft die Möglichkeit weiterer Kredite zu geben.

Abg. Schröder (Völk.) hätte es lieber gesehen, wenn man, statt ein neues Kreditinstitut zu schaffen, die urgelunde Rentenbank ausgebaut hätte.

Es folgt die Einzelberatung. Die Anstaltsversammlung besteht aus 110 Mitgliedern. Zu der Versammlung sollen berufen werden: Vertreter 1. des Landwirtschaftsrates, 2. des Reichslandbundes, 3. der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, 4. des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, 5. der Raiffeisen-Gesellschaft und 6. die Arbeitsgemeinschaft landwirtschaftlicher Klein- und Mittelstandsbetriebe.

Abg. Frau Sender (Soz.) beantragt, auch dem deutschen Landarbeiterverband 20 und dem Zentralverband der Landarbeiter 10 Mitglieder zuzugestehen.

Die Bestimmungen werden ausgesetzt. 3. Lesung des Aufwertungsgegesetzes.

In der allgemeinen Aussprache lehnt zunächst Abg. Hennig (Völk.) das Gesetz ab. Der „Nichtaufwertungsblock“ habe alle Forderungen vor sich niedergelegt. Alle Reden seien daher vergeblich gewesen.

Abg. Keil (Soz.) wirft dem Vorredner vor, er habe in der Aufwertungsfrage sein Parteipöppchen locken wollen. Er weist seine Angriffe mit aller Schärfe zurück. Die ganze Einstellung der Aufwertungsentscheidungen beruht auf der Sorge für das Wohlergehen der Schwächeren.

Ein völkischer Antrag ist eingegangen, der die Verkündung des Aufwertungsgegesetzes zwei Monate zurückgestellt haben will. Nach Art. 72 der Verfassung kann das geschehen, wenn ein Drittel der Reichstagsmitglieder dieses beschließt.

Abg. Dr. Philipp (Dn.) stimmt einer sozialdemokratischen Entschließung zu, die aus öffentlichen Mitteln die Anleihen zu bauen und aufwerten will.

Abg. Korsch (Komm.) spricht von einer Aufwertungsomödie und gibt den Sozialdemokraten die Schuld an dem Mißerfolg der Opposition.

Abg. Freiherr von Westhoven-Hannover (Dem.) lehnt das Gesetz ab. Abg. Herzog (Dnl.), der von der Linken mit särmenden Zurufen empfangen wird, hält es für unter seiner Würde, auf die rein demagogischen Ausführungen des sozialistischen Redners zu antworten.

Darauf findet die Schlussabstimmung in 3. Lesung statt. Namentlich gegen das Gesetz stimmen die Sozialdemokraten, die Sozialisten und Demokraten, sowie die Völkischen. Das Aufwertungsgegesetz wird mit 230 gegen 197 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Angenommen wird auch die sozialistische Entschließung über die Aufwertung von Baudarlehen. Daraufhin tritt eine Pause von 20 Minuten ein, da einige Fraktionen noch zu dem völkischen Antrag auf Aussetzung des Inkrafttretens Stellung nehmen wollen.

Um halb 10 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Präsident Loebe stellt auf Wunsch fest, das das Aufwertungsgegesetz nicht mit verfassungsmäßiger, sondern mit einfacher Mehrheit angenommen ist.

Darauf wird in die Abstimmung über den völkischen Antrag auf Aussetzung des Gesetzes auf zwei Monate eingetreten. Dafür stimmen nur die Sozialisten, die Kommunisten und die Völkischen. Für den Antrag stimmen 169 Abgeordnete, dagegen 249. Der Präsident stellt fest, das also das erdverderliche Drittel erreicht ist. Mit den Stimmen der Regierungsparteien wurde darauf die Dringlichkeit des Aufwertungsgegesetzes anerkannt. Die Demokraten enthalten sich dabei der Abstimmung.

Der Garantiepakt.

Die deutsche Antwort auf die französische Sicherheitsnote.

II. Berlin, 15. Juli. (Drahtbericht.) Wie bereits gemeldet, ist das Reichskabinett heute vormittag zur Beratung der Antwort auf die französische Sicherheitsnote vom 16. Juni über den Abschluß eines Sicherheitspaktes zusammengetreten.

Der auswärtige Ausschuß des Reichstages ist auf Freitag, den 17. Juli, vormittags, einberufen worden, während die Ministerpräsidenten der Länder auf Freitag nachmittag um 5 Uhr zur Beratung der Antwortnote geladen worden sind.

Keine Meinungsverschiedenheiten zwischen Stresemann und Schiele

m. Berlin, 15. Juli. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die Kabinettsitzung vom Mittwoch vormittag, deren Beratungsgegenstand die deutsche Antwortnote auf die Note Briand's bildete, nahm nur wenige Stunden in Anspruch.

Die Meinungsverschiedenheiten traten nicht zu Tage, zumal sich das Kabinett schon früher über die Grundlage unserer Antwortnote einig geworden war. Im Zusammenhang mit der Fertigstellung der Note sei noch einmal an die Sensationsmeldung des „Berliner Tagesblattes“ erinnert, das von tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Schiele und Stresemann zu berichten wußte.

Präsident Loebe droht bei nochmaliger Wiederholung solcher Kundgebungen Räumung an. Abg. Keil (Soz.) wirft dem Vorredner vor, er habe in der Aufwertungsfrage sein Parteipöppchen locken wollen. Er weist seine Angriffe mit aller Schärfe zurück. Die ganze Einstellung der Aufwertungsentscheidungen beruht auf der Sorge für das Wohlergehen der Schwächeren.

Ueber den weiteren Gang der Sicherheitsverhandlungen läßt sich jetzt natürlich noch nichts genaueres voraussagen. Jedenfalls wird der Inhalt der Note zuerst einmal zu einem Meinungsaustausch zwischen London und Paris führen.

Eine französische Meinung.

F. H. Paris, 15. Juli. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) An maßgebender Stelle gab man heute der Ueberzeugung Ausdruck, das die Situation des Reichsaussenministers Stresemann nicht gefährdet sei und das er wohl in der Lage sein werde, die Verhandlungen über den Garantiepakt fortzuführen.

Die Reichsamnestie.

m. Berlin, 15. Juli. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die Verhandlungen zwischen den Parteien wegen der aus Anlaß der Amtübernahme durch den Reichspräsidenten Hindenburg zu erlassenden Amnestie laun als abgeschlossene angesehen werden. Die Wünsche der Rechten sind ebenso wie die der Linken in weitest gehendem Maße berücksichtigt worden, so das jetzt keinerlei Bedenken mehr bestehen.

Befahren des geplanten Finanzausgleichs.

Eine Unterredung mit dem Vorsitzenden des Deutschen Städtetags, Oberbürgermeister Boesj.

II. Berlin, 15. Juli. Der erste Vorsitzende des Deutschen Städtetags, der Berliner Oberbürgermeister Boesj, gewährte dem Chefredakteur der Telegraphen-Union eine längere Unterredung, in deren Verlauf er sich ausführlich über die Ausschussbeschlüsse zum Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden äußerte.

1. Frage: „Halten Sie den im Ausschuss angenommenen Kompromiß in der Frage des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden für eine geeignete Grundlage zur weiteren Entfaltung finanzieller und wirtschaftlicher Selbstverwaltung der deutschen Städte?“

Antwort: „Nein, keineswegs! Der vorgeschlagene Kompromiß wird den Städten und Gemeinden einen sehr erheblichen Einnahmeausfall bringen, dessen Dedung kaum möglich erscheint. Die erhöhte Beteiligung an dem Ertrag der Umsatzeinkommen und der Körperschaftsteuer wird die Unruhe in ihrer Finanzwirtschaft. Die Neuordnung mit ihrem Einnahmeausfall tritt in einem Augenblick an die Gemeinden heran, in dem durch die Lösung der Aufwertungsfrage die neuen Ausgaben aufgebürdet werden. Eine Erhöhung der kommunalen Steuererträge ist aber unmöglich, weil hierdurch der Wirtschaft der Todesstoß verleiht würde. So bleibt nur rüchichtslos die Ausgabenkürzung übrig. Diese wird in erster Linie die Ausgaben für Wohlfahrtszwecke treffen, die heute das fünffache des Friedens betragen. Jahrelang hat der Reichstag die ihm vom Reichsarbeitsminister vorgelegten Wohlfahrtsgesetze bewilligt und es den Gemeinden überlassen, die Kosten hierfür zu zahlen. Der Selbstbehaltungsdruck der Städte fordert rüchichtslosen Abbau und wird damit zu einem Kampf gegen die Schwachen und Schwächsten. In dieser Regelung sehe ich die größten Gefahren.“

2. Frage: „Handel und Wirtschaft fordern seit langem aus sozialen und produktionspolitischen Gründen die Herabsetzung oder gänzliche Beseitigung der Umsatzeinkommen- und Körperschaftsteuer. Welche Rückwirkungen wird die stärkere Intensivierung der Länder und Gemeinden an dem Ertrage der Umsatzeinkommen auf diese Bestrebungen haben?“

Antwort: „Die Städte waren der unsozialen Umsatzeinkommen niemals freundlich gesinnt. Selbst die Reichsinstanzen verschließen sich nicht den Klagen über ihre Unbilligkeit, können aber wegen der Finanzlage des Reichs auf die ertragreiche Einnahmequelle zur Zeit nicht verzichten. Der Kampf um die Umsatzeinkommen wird also weitergehen. Es kann aber seinem gerechten Anstrich nicht schaden, wenn man jetzt die bisherige Arbeit der Länder und Gemeinden um Ausmerzung dieser schädlichen Belastung durch stärkere Beteiligung am Ertrag dieser Steuer läßt.“

3. Frage: „Wie hoch schätzen Sie den Ausfall, der durch Herabsetzung der Quote für Einkommen- und Körperschaftsteuer und Herabsetzung der Umsatzeinkommenquote entsteht. (Nach unserer Ausrechnung für 1926 rund 100 Millionen Mark) und wie werden die Städte diesen decken?“

Antwort: „Ich halte Ihre Schätzung von 100 Millionen Goldmark nicht für zu hoch. Das Gesamtaufkommen an Einkommensteuern wird man auf nicht ganz 2½ Milliarden schätzen können. Ein Ausfall von 15 Prozent für Länder und Gemeinden bedeutet danach 330 Millionen Goldmark. Die 15 Prozent mehr an Umsatzeinkommen erbringen bei einem Gesamtaufkommen von 1½ Milliarden etwa 225 Millionen Goldmark. Der Einnahmeausfall würde nach dem Beschluß des Steuerkommissionars also tatsächlich rund 100 Millionen Mark betragen. Nicht berücksichtigt hierbei ist die neuerdings beschlossene Senkung des Umsatzeinkommens von 1½ Prozent auf 1¼ Prozent. Die Einnahmeausfälle bis zur Einführung des Zukunftsrechtes zur Einkommensteuer am 1. April 1927 zu bedenken, ist den Gemeinden überlassen. Zur Verfügung stehen nur die Realsteuern, die Hauszinssteuer und die Wertsteuer. Praktisch bedeuten alle drei Steuerarten eine starke indirekte Steuerbelastung der gesamten Bevölkerung ohne Rücksicht auf ihre individuelle Leistungsfähigkeit.“

4. Frage: „Wird der vorgeschlagene Kompromiß die bisher von den Städten geübte vorläufige Politik, aus laufenden Mitteln finanzielle Vorräte zu sammeln und wertzehende Anlagen zu machen, weiterhin ermöglichen? Wie beurteilen Sie die Aussichten auf dem kommunalen Anleihemarkt im In- und Auslande?“

Antwort: „Der einem kleinen Teil der Gemeinden im Halbjahr 1924 zustehende reichliche Steuereingang hat vielfach zu Staats-

bewilligungen für werbende Zwecke im ordentlichen Haushaltsplan geführt. In der Zwischenzeit sind den Städten und Gemeinden vom Reich zahlreiche neue Lasten aufgebürdet worden. Entsprechend der Verteuerung der Lebenshaltung mußten überall Lohnerhöhungen bewilligt werden, die den Haushaltsplan der Städte auf das äußerste verknappen. Das hat zur Folge, daß die Unterhaltung der Schulgebäude, der Krankenhäuser schon jetzt scharf zurückgegriffen werden mußte, obwohl die Kriegs- und Nachkriegsschäden noch keineswegs wieder ausgeglichen waren. Alle Stadtverwaltungen klagen darüber, daß sie keine Mittel besitzen, den sehr viel rascher gewordenen Straßenderschleiß auch nur einigermaßen auszugleichen.“

Die Aussichten auf dem kommunalen Anleihemarkt sind im Inlande völlig negativ, wie schon das langsame Wachstum der Sparlängengänge beweist. Für die größeren Städte fällt der Inlandmarkt fast ganz aus. Im Ausland werden nur einige große Städte bescheidene Erfolge haben.“

5. Frage: „Wie wird sich das nach dem Kompromiß der Gemeinden ab 1. April 1927 zustehende Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer auf die Finanzabgarung der deutschen Städte auswirken?“

Antwort: „Wahrscheinlich werden die Städte von diesem Zuschlagsrecht nur einen sehr mäßigen Gebrauch machen können. Das Reich ist in der Lage, in der Frage der Einkommensteuer einen scharfen Tarif festzusetzen und durchzusetzen, weil er eine weit verteilte große Masse trifft. Die Zuschläge, die nicht gestaffelt werden dürfen, treffen dagegen ausschließlich und allein diejenigen, die diese Zuschläge selbst festsetzen, jedoch höchstens in ganz radikalen Gemeinden hohe Zuschläge zu Lasten weniger Besitzender vorkommen werden, die dann zur raschen Abwanderung des Besitzes führen müssen.“

Abschließend kam dann Oberbürgermeister Boesj noch ausführlich auf die Bestellung der Reichsfinanzbehörden zu Kontrollorganen und auf die beschlossene Beschränkung der finanziellen Selbständigkeit der Städte zu sprechen, die darin liegt, daß die Länder berechtigt sein sollen, die Zuweisungen an die Städte nach ihrem Ermessen zu kürzen, wenn der Finanzbedarf unter Berücksichtigung des Teuerungsfaktors den Bedarf von 1914 um mehr als 10 Proz. übersteigt. Er fügte dabei an: „Eine wirksame Finanzkontrolle durch das Reich bedingt die Schaffung eines neuen ungeheuren, aber absolut unproduktiven Beamtenapparates zu reinen Kontrollzwecken, während die schon bisher vorhandene Staatsaufsicht in der Praxis auf dem Papier steht. Ein amtliches Kontrollsystem ist bei der Vielgestaltigkeit der städtischen Haushaltspläne unanwendbar. Um so größer muß der aufzubauende Beamtenapparat sein, wenn die Kontrolle wirksam werden soll. Ganz unannehmbar ist die Bestimmung der Einnahmekürzung; das geht schon daraus hervor, daß selbst die Länder sich gegen die Übertragung des ihnen zu verbleibenden Rechts gewehrt haben. Ein solcher willkürlicher Einnahmestaus ohne jede Rechtsgarantie bedeutet das Ende jeder geregelten Finanzwirtschaft und Selbstverwaltung, zumal wenn man berücksichtigt, wie durch den Kriegsausgang die Verhältnisse der einzelnen Städte sich häufig ganz entgegengesetzt entwickelt haben.“

Bayerns Protest gegen den Finanzausgleich.

m. Berlin, 15. Juli. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held ist heute in Berlin eingetroffen. Er hat am Nachmittag eine eingehende Konferenz mit dem Reichsfinanzminister Dr. Schäfers und dem Reichskanzler Dr. Luther gehabt. Diese Besprechungen werden voraussichtlich auch noch am Donnerstag anhalten, so daß vielleicht Ministerpräsident Held bis zum Freitag, dem Tag der Ministerpräsidentenbesprechung, in Berlin bleiben wird. Ob die Reichsregierung ihren Standpunkt in der Frage des Finanzausgleichs aufgeben wird, ist Angelegenheit unserer finanziellen Lage nicht anzunehmen. Der Reichsfinanzminister hat erst dieser Tage wissen lassen, daß das Reich durch die zahlreichen Bewilligungen der Reichstagsausschüsse — es kommt eine Gesamterhöhung von 1 Goldmark in Frage — in eine schwere finanzielle Notlage kommt, wenn nicht wieder starke Abstriche gemacht werden.

Ueberschwemmungskatastrophe in Korea.

J. N. S. Tokio, 15. Juli. (Eigener Kabeldienst der „Badischen Presse“). Durch Ueberschwemmungen sind in Korea ungeheure Beeinträchtigungen angerichtet worden und zahlreiche Menschen ums Leben gekommen. Nach den Berichten aus dem Unklagegebiet soll sich die Zahl der Ertrunkenen auf 3000 belaufen. Aus Seoul sind Flüchtlige nach den betroffenen Gegenden abgegangen.

Das Einkommensteuergesetz im Steuerausschuss des Reichstages.

II. Berlin, 15. Juli. (Drahtbericht.) Der Steuerausschuss des Reichstages nahm zum Einkommensteuergesetz noch eine ganze Reihe von Änderungen an, darunter eine Vorschrift, wonach sich bei Steuerpflichtigen, deren Einkommen den Betrag von 15 000 Mark nicht übersteigt, bei Versicherungsprämien und Sparanlagen, zu denen sich der Steuerpflichtige in der Zeit von 1925/26 verpflichtet hat, der abzugsfähige Betrag auf 480 Mark erhöht. Der abzugsfähige Betrag wird auf 960 Mark erhöht, wenn der Steuerpflichtige mehr als 50, aber nicht mehr als 55 Jahre alt ist, auf 1200 Mark, wenn der Steuerpflichtige mehr als 55, aber nicht älter als 60 Jahre ist, und auf 1440 Mark, wenn der Steuerpflichtige über 60 Jahre alt ist. Dies gilt jedoch nicht, wenn der Steuerpflichtige einen Ansparg oder eine Antwortschaft auf Kuhgehalt oder eine andere wiederkehrende Zuwendung von mehr als 2000 Mark jährlich hat.

Die Agrarzollvorlage im politischen Ausschuss des Reichstages.

— Berlin, 15. Juli. (Drahtbericht.) Der vom handelspolitischen Ausschuss des Reichstages eingeleitete Agrar-Enquete-Ausschuss zur Prüfung der Agrar-Zollfrage hat seine Arbeiten beendet. Der Ausschuss kommt zu dem Ergebnis, daß

eine durchgreifende Heilung der Agrar- und Wirtschaftskrise ohne weitgehende Veränderung der politischen Verhältnisse und Witterbeziehungen nicht denkbar

sei. Die in Angriff genommene Reform des landwirtschaftlichen Kreditwesens stelle eine rasche Wirkung leider nicht in Aussicht. Die bisherige Reform der Umsatzeinkommensteuer sei nicht ausreichend. Bis zur gänzlichen Aufhebung der Umsatzeinkommensteuer sei ein finanzieller Ausgleich notwendig. Notwendig sei auch der Abbau vieler Industriebetriebe. Solange ein Abbau der Industriebetriebe nicht erfolge, dürfe der Landwirtschaft ein Ausgleich nicht verweigert werden. Die Agrarzölle seien als ein Teil eines Intensivierungsprogramms anzusehen. Die Mehrheit des Ausschusses stimme darin überein, daß eine langfristige Regelung der Zollverhältnisse jetzt nicht zu empfehlen sei. Bei einer kurzfristigen Regelung könne aber auf den Schutz des Getreidebaues nicht verzichtet werden. Neben dem Getreidezuschuss sei ein mäßiger Schutz auf Mais und Futtergerste notwendig. Dafür müsse für alle Getreide- und hochwertige einheimische Futtermittel Zollfreiheit herrschen. Diese Ausföhrungen beziehen sich auf einen Zollschutz, der über die Funktion eines Ausgleichszolles hinausgeht und der zunächst auch für Brotgetreide erforderlich sei, um die agrarischen Exportländer zum Abbau ihrer Industriebetriebe zu veranlassen.

Kulischer aus der Haft entlassen.

II. Berlin, 15. Juli. Unter Abänderung ihres Beschlusses vom 4. Juli hat die Strafkammer des Landgerichtes II den Haftbefehl gegen den ehemaligen Generaldirektor der Steindampf Iwan, Kulischer aufgehoben. Diesem Befehl liegt ein ärztliches Attest zugrunde, wonach bei Kulischer wegen starker Bluthrufsteigerung Lebensgefahr besteht. Von der Stellung einer Kaution ist abgesehen worden, weil nach glaubwürdigen Aussagen die finanzielle Lage des früheren Generaldirektors die Ausführung irgendwelcher Geldmittel unmöglich macht.

Erhöhung des Banknotenumlauzes in Italien.

Berlin, 15. Juli. (Drahtbericht.) Aus Rom wird gemeldet, daß die Bank von Italien beschlossen hat, den Banknotenumlauß um 1000 Milliarden zu erhöhen, um den Forderungen des Handels gerecht zu werden.

Tages-Anzeiger.

(Näheres siehe im Informativteil.)
Donnerstag, den 16. Juli.
Operette im Konzerthaus: „Gräfin Mariza“, 7½ Uhr.
Bad. Konservatorium für Musik: Prüfungskonzert, 5 Uhr.
Dadel Hotel: Täglich abends Kammerkonzert.
Kaffee Küberer: Täglich Konzert.
Grüner Baum: Konzert im Kaffee.

Monte Carlo.

Von Ludwig Marouse.

I.

Charakter der Riviera: zwischen zwei Felsenvorsprüngen immer eine latibiane Palmen-Bucht; blendendes, weiß strahlendes Licht; terrassenförmig steigende Siedlungen aus Zucker-Gegläser, Kastalle, St. Marguerite, Bordighera, San Giesano, San Remo, Mentone, Nizza zeigen sich aneinander. Die Erinnerung hält kaum Unterschiebe fest.

Die Riviera ist maßlos schön — und langweilig; die Küste ist eine ewige Replikation; abwechslungslos; räumlich und zeitlich monoton. Die Riviera ist eine gemalte Schönheit; sie erstickt die Phantasie; sie lähmt die Sehnsucht. Die Farbe ist so gesättigt, die Pflanze so strahlend, die Luft so ährlich. Schmeichelt, daß der Mensch glücklich erschläft. Es ist in dieser Landschaft nichts, an dem der Mensch zum Dichter würde. Die Riviera ist selbstgenügsam, menschenfremd. Der Mensch ist ein Fremdkörper in diesem Garten.

Die Riviera ist ein Herd der Faulheit; das Auge wird stumpf; das Wunschbild zerrinnt. Die Riviera ist Staffage für schlechte Romane. Die Riviera ist das Paradies — das nie kommen möge!

II.

Im Spiel-Saal zu Monte Carlo lebt der amerikanische, englische, französische, deutsche, russische Riviera-Mensch. Er wagt nicht. Er mißt sich nicht im Spiel mit übermenschlichen Welt-Kräften. Er läßt sich aufstacheln. Am Roulette, beim trente et quarante sitzen meist alte Leute. Einer hat den zweiten Schlaganfall hinter sich; einer — im exklusiven cercle privö — kann mit seiner senilen Füstel-Stimme kaum hörbar werden. Alte Weiber — auf dreißig und Kokoko frisiert — wanken buntbeschnitten von Tisch zu Tisch. Das Spiel ist der Gegenpol zum Sport: das resignierte Pathos des Unterliegens.

Ein dummes Märchen sind die verzerrten Spieler-Gesichter von Monte-Carlo. Der Spieler von Monte-Carlo ist gleichgültig — schlaff, hier, verfländendes Leben — und das Roulette ist seine Spröde. Der Spieler von Monte-Carlo ist — kein Spieler. Der wahre Spieler, der Abenteurer, probiert das Leben — aus Ueberkraft. Er weiß um die Sinnlosigkeit des Schicksals und zirkelt doch den Einsatz, daß es ihm vielleicht Sinn, seiner Sinn abwürfe, daß er vielleicht seinen Sinn erzwänge. In Monte-Carlo ist nicht ein Marquis von Reich. Sachlich; mit einer götlichen Wahrheitsliebe-Labelle vor den stumpfen Augen; ohne Kontakt mit dem Nachbar hoch jeder isoliert vor seinem Geldhaufen. Eine grande dame schwersten Kalibers, einige seltene Pariser Toiletten, eine frische Blondine, neugieriger Fremdling unter den Toten, können der Atmosphäre nicht den Riviera-All nehmen. Nur Schüchtern treffen sich hier Augen. Als ob hier Liebe nach dem Reglement verboten wäre.

III.

Gegenüber — im Café de Paris — tanzt die Jugend. „Le petit Montégasque“ schreibt, daß der Foz seinem Ende entgegenstehe und

daß amerikanische Tanzlehrer einen neuen gleichwertigen Schritt suchen. Die Jugend von Monaco tanzt noch hingebend Foz.

Der Tänzer erlöst vom Spieler.
Der Tanz ist das Leben — noch unter Palmen. Noch in diesem international abgeschlossenen Foz-Schritt drängt das Leben vielfältig in den Raum.

Der Spieler wartet auf den Zu-Fall; daß ihm Reichtümer zufallen. In dumpf-passiver Resignation brüdet er — sobald sich die Nerven gedöhnt haben — dem Zufall ohnmächtig entgegen. Der Tänzer lebt in brünstiger Ekstase die Gestaltwerdung, die Formulierung seines inneren Lebens. Es ist jenseitiges Leben im Menschen wie Tanz; und soviel Tod wie Spiel des Zufalls. Der Spieler von Monte-Carlo ist kein Spieler, sondern: ein Gespielter.

IV.

Das blaugoldene Spiel-Kasino auf der international abgetretenen Promenier-Terrasse ist ein Haus der Verwesung. Die Einnahmen dieser Loten-Grust machen den Bürger von Monaco steuerfrei. Und phantastische Sozial-Reformer denken für alle Länder an staatlich konfessionierte Spielhäuser als häßliche Einnahmequellen. Doch: wo der Tod das Leben angreift — wie heute in Europa — ist es verurteilt, dem Tod noch Heimstätten zu bauen.

Eine isolierte Koloette geht mit einem Mal, einem hübschen Affen aus Madagaskar, unter Palmen spazieren. Wer sein Vermögen verpielt, erhält von der fulanten Kasino-Gesellschaft freie Rückfahrt — um jeden Standel zu vermeiden. Und der Bürger von Monaco ist steuerfrei. Mal, Steuerfreiheit und freie Fahrt sind das Paradies von Monte-Carlo. Und der Spieler Bewohner dieses Paradieses — aus dem die Menschheit nicht vertrieben worden ist, sondern in das sie hineintreibt. Die Schlange lebt unter Palmen.

Errichtung einer Filmbühne zur Dedung des Defizites der österreichischen Staatstheater. Die österreichische Staatstheaterverwaltung beschäftigt sich mit dem Plan der Errichtung einer staatlichen Filmbühne in Wien in der kürzlich aufgelassenen Spanischen Hofreitschule. Der Reingewinn dieser neuen staatlichen Filmbühne, durch die zugleich auf ästhetischem Gebiete auf die privaten Kinos vorbildlich eingewirkt werden soll, wird zur Dedung des stetig anwachsenden Defizit der beiden österreichischen Staatstheater (Staatsooper und Burgtheater) verwendet werden.

Professor Leopold Fejner. Als Leiter der neuen Berliner Staatlichen Schauspielerschule ist der Intendant des Staatstheaters Leopold Fejner zum Professor ernannt worden.

Von der Universität Freiburg. Universitätsprofessor Dr. Göhe, der sich durch seine erfolgreichen wissenschaftlichen Arbeiten einen bedeutenden Namen als Forscher gesichert hat und der seit 1908 an der Universitäts-Bibliothek, zuletzt als Oberbibliothekar, wirkte, hat soeben einen ehrenvollen Ruf an die Universität Gießen als Ordinarius für deutsche Philologie erhalten.

Von der Universität Heidelberg. Zum Rektor der Universität Heidelberg für das Studienjahr 1925/26 wurde Professor Dr. Heinrich Liebmann gewählt. Liebmann ist Naturwissenschaftler.

Sunfthaus Sebald.

Gegenüber der subjektiven Kunst, die in den Naturdingen nur Vorwand für den Ausdruck eigener Empfindungen steht, und gegenüber einer objektiven Kunst, die sich bescheidet, das Gelebene treu und sachlich darzustellen, bemüht sich eine geistig eingestufte Kunstbetätigung um Feststellung und Anwendung von Gelehrsamkeiten. Ihr kommt es nicht auf die Ergründung an, auf die Sache, sondern auf die Fläche, die ihre Grundlage ist und die bemalt werden soll. Bemalt nicht in dem Sinn, daß sie nun mit Farbe und Formen bedekt wird, sondern so, daß diese Bedekung sich in einem gewissen Rhythmus vollzieht, daß die Fläche aufgeteilt, geordnet wird. Und dieser Ordnung soll sich jeder Bild-Teil einfügen. Es ist klar, daß dies am einfachsten mit geometrischen Formen zu erreichen ist, und weiterhin mit pflanzlichen Motiven von einer mehr oder weniger strengen Stilisierung. Aber wer wollte sich damit begnügen? Es ist zu verlockend, inwieweit Tierkörper, Mensch, Landschaft, Gruppen, Kompositionen sich dem Gezej anpassen lassen und was dabei noch herauskommt. Zunächst drängt sich der Eindruck des Erzwungenen, Konstruktiven auf. Aber in glücklicher Stunde gelingt ein beweiend Resultat, ein Werk, das Verzicht und Richtung rechtfertigt. Das hat man bei einzelnen Leistungen Bahregerz gesehen und sieht es nun auch bei seinem Schüler Fr. Sticks. Gewisse Tierformen kommen der geluchten ornamentalen Gelehrsamkeit nahe, so der stehende Bison; bei Dromedar, Raze und Antilope gelingt dann die Uebertragung der strengen Form oder die Reduktion der Naturerscheinung auf beinahe geometrische Figur mit mehr oder weniger Energie. Eine natürliche Folge dieser Arbeitsweise ist eine gewisse Anlehnung der Bildform. Sie ist streng, nüchtern, einfach und sucht Größe. Auch wo Farbe hintritt, ist diese spröde, einfach, erdhaft. Sie will nicht durch Schönheit locken oder blenden. Immer steht das Problem „Form“ im Vordergrund, und zwar Form der Fläche. Mit dem üblichen Schönheitsbegriff ist da nicht auszukommen. Landschaften, Kuhherden, Köpfe, stehende und schreitende Frauen bewegen sich in dem einfachen Rhythmus, der manchmal etwas schematisch Starres erlangt, aber auch zum Ausdruck eines starken, elementaren Gefühls vordringen kann. Eine gewisse Kühle der Temperatur bleibt wohl dieser Art von Kunst anhaften, und das ist wohl der Grund, weshalb sie zunächst befremdend, ermüdend auf den unvorbereiteten Betrachter wirkt. Aber das hindert nicht, ihre ästhetischen Werte zu sehen und anzuerkennen. W. E. O.

Das Manuskript von Werfels „Juarez und Maximilian“ der Wiener Nationalbibliothek gewidmet. Die Wiener Nationalbibliothek erhielt dieser Tage die Widmung der Handschrift von Franz Werfels Dichtung „Juarez und Maximilian“, womit die großen Bestände der Nationalbibliothek, die sich auf den unglücklichen Herrscher von Mexiko beziehen, eine Ergänzung erfahren. Das Manuskript bringt gegenüber dem Textdruck eine Reihe von Varianten, ist also nicht nur als Autograph, sondern auch inhaltlich von hohem Werte. In der Nationalbibliothek in Wien befinden sich auch ästhetische Ausgaben des ersten Maximilianromans „Kaiser Maximilian von Mexiko“ des schwäbischen Dichters J. G. Fischer.

Brief vom Bodensee.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

A. R. Am Bodensee, 12. Juli 1925.

„Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen“, sagt Goethe im „Faust“. Die Reichsbahngesellschaft bringt mit dem 15. Juli für die Reisenden auf den Bodenseedampfern mancherlei, wobei nicht nur für manchen, sondern für alle etwas abfällt. Zunächst eine 10prozentige Erhöhung des Bodenseepersonenbeförderungstarifs. Es geschieht dies nicht etwa lediglich zum Verger der Fahrgäste, sondern aus Gerechtigkeitgründen dem höheren Eisenbahnpersonenbeförderungstarif gegenüber. Dieser wurde am 1. Mai erhöht, also rechtzeitig sich die Erhöhung des ersten zum 15. Juli. Bei Beginn der Inflation war es ähnlich; da erhöhte erst die Bahn, dann die Post, und weil die Post erhöht hatte, erhöhte dann wieder die Bahn.

Dann genießen die Bodenseeanwohner eine Verbilligung der Bodenseefahrt, weil viele Ortschaften keine Bahnverbindung haben und daher den Zug vierter Klasse nicht benutzen können. Durch die Verbilligung um 50 Proz. paßten sich 4. Bahnklasse und 2. Schiffsklasse im Preise an. Nun wurde die Verbilligung von der Hälfte auf ein Drittel heraufgesetzt, wodurch der Bodenseeanwohner für die Beförderung seiner Person in der 2. Schiffsklasse, die der 4. Bahnklasse entspricht, einen ganzen Pfennig mehr bezahlen darf pro Kilometer als der Binnendeutsche. Einspruch gegen diese Erhöhung wurde durch den Vorsitzenden des Bodenseepersonenbeförderungsausschusses Dr. Moeride-Konfanz, erhoben. Die Begründung ist schwerwiegend nach der Ueberzeugung aller „Seehäfen“, schwerer aber wiegt ohne Zweifel der neue Tarif.

Seit über 50 Jahren wird dagegen protestiert, daß das Zweite-Klassenpersonendampfer gleichzeitig Viehtransportmittel ist mit der Bestimmung, daß unsere vierbeinigen Zeitgenossen, wenn sie eine Reise machen müssen, hier benutztes Recht haben. Auch das war immer nur recht und billig, denn man soll diesen Zeitgenossen ihren letzten Gang zum Schlachthaus so angenehm wie möglich gestalten. Für die menschgewordenen Zeitgenossen aber war es immer höchst verdrücklich, dem Herrn Ochsen, der Frau Kuh oder heider Nachkommen das Feld räumen zu müssen, um dann selber nicht mehr zu wissen, wo man sich niederlassen soll. Und wie sich diese Gesellschaft dabei immer noch benommen hat! Von Unstand keine Spur. An der Endstation mußten Matrosen und Schiffsjungen immer einen halben Bodensee über den Kopf gießen, um die Hinterlassenschaften zu entfernen. Nur wenn dann und wann einmal der Ruf „Räb über Bord!“ erscholl und die Matrosen einen Rettungstobst flott machen mußten, um das kleine Kindvieh wieder zu bergen, gab es Kurzweil für die Zuschauer. Mittlerweile aber fuhr der Anstich auf der Station zur Bahnhofshalle hinaus. Wieviel Käfer als an Bord waren, möchten Sie wissen? Oft allerdings nur eins, öfter auch in Gesellschaft ausgewachsener Bierbeiner, dann und wann zählten sie zusammen ein halbes oder ein ganzes Duzend, aber es kamen auch ganze Herden von 20 bis 60 Stück. Mit dem 15. Juli hat die vorübergehende Herrlichkeit aber aufgehört und die vierbeinige Gesellschaft ist von allen Bahnstationsorten zu Bahnstationsorten auf den Zug vertrieben. Das dauert bis 15. September. Dann dürfen sie wieder das Schiff benutzen. Die Ochsen, Kühe und Käber aber, die so klug in der Auswahl ihrer Eltern waren, daß sie auf einem Gut zur Welt kamen, dessen Ort nicht Bahnstation ist, dürfen für jeden Transport das Schiff auch weiterhin benutzen. Nach dem 15. September haben wieder alle Schiffsrecht.

Man sieht also, daß der 15. Juli allein nur mit diesen drei Veränderungen für alle Bodenseereisenden wirklich etwas bringt, womit das Goethewort wesentlich überholt ist.

An einem der letzten Tage des April war es, als in Mannheim (Schweiz) eine deutsch-schweizerische Versammlung führender und leitender Männer beider Staaten tagte, in der in mannhaften Worten für die Freiheit der Grenzgebiete eingetreten wurde. Wärschaft männlich war man an der Arbeit, die im Laufe der Jahre festgewurzelt Grenzbaumstämme auszugraben in der Hoffnung des gleichen guten Erfolges wie im Jahre vorher. Und es scheint in der Öffentlichkeit auch, als sei die Arbeit wieder von Erfolg gewesen, denn seither ging halbwöchentlich eine Meldung durch die Presse, die von Erleichterungen und Abbau im Grenzverkehr berichtete. In Wirklichkeit ist aber noch nichts erfolgt und die Grenzbehinderungsursachen noch so fest im Boden wie vor der Mannheimer Versammlung. Es wurde nun gemeldet, Baden habe verschleppt; dann wurde wieder gemeldet, die Schweiz habe verschleppt. Was ist Wahrheit? (Am Mißverständnisse zu vermeiden, sei auf die jüngste halbamtliche Mitteilung in Nr. 314 der „Badischen Presse“ vom 11. Juli l. J. verwiesen. Danach verzögert sich die Angelegenheit dadurch, daß die Schweiz eine einheitliche Regelung mit allen in Frage kommenden Ländern erstrebt. D. R.) Derweilen wachsen die Wurzeln der Grenzbehinderungen weiter, daß eine neue Protestversammlung einberufen werden wird. Diese findet demnächst in Waldshut statt. Ueber die Mannheimer Forderungen hinaus wird dort verlangt werden „Wiedereinführung der Zustände, wie sie bis Kriegsabschluss bestanden haben“.

In der Zeit der allgemeinen Verteuerung sei hervorgehoben, daß auch Verbilligungen eingetreten sind. So können nun auswärtige Reisegesellschaften, wenn sie mindestens 30 Köpfe stark sind, Bodensee-Gesellschaftsdampferfahrten mit jedem Kursschiff unternehmen und genießen eine Verbilligung von einem Viertel des Fahrpreises. Und die Mittelherbergbauern, die in Konstanz (Baden) beginnt, sofort auf Schweizergebiet übergeht und in Wil (Schweiz) endet, gewährt von Juli bis 11. Oktober an Sonntagen für einfache Karten freie Rückfahrt. Es ist dies besonders erwähnenswert, weil die Bahn eine Bergbahn ist, die allerdings nicht in das Hochgebirge führt, aber in die idyllische Berglandschaft des Bodensees und in das Herz des Schweizerkantons Thurgau.

Vergnügen und Kunst überall. Auf der Reichenau wird noch das Festspiel zur 1200. Jahrestag als Freilichtspiel aufgeführt; Ronstan hat keine Stadtbefeuchtung mit Feuerwerk; das große Seemannsfest in Romanshorn fand am Sonntag statt; die Burg- und Schloßbeleuchtung von Meersburg folgt; Singen a. S. hat auf dem Bergfest seine Hohentwiel-Festspiele eröffnet, eine Beleuchtung der Burgruine folgt ebenfalls; in Ueberlingen folgen wieder die Münsterpiele usw., über welche Veranstellungen alle gelegentlich gebündelt berichtet werden muß.

Finanzminister Dr. Köhler gegen die Tarifpolitik der Reichsbahn.

Im Verlauf der gestrigen Generalversammlungen der Gesellschaften des Fendel-Konzerns in Mannheim hielt Finanzminister Dr. Köhler eine Rede, in der er zunächst darauf hinwies, daß die Rheinischschiffahrt in diesem Jahre ihr 100jähriges Jubiläum begehen konnte, daß aber die tiefe Depression, die die gesamte Rheinischschiffahrt beherrscht, nicht dazu angetan sei, diesen Gedenktag besonders zu feiern. Nachdem durch den Verfall der Vertrag die Rheinischschiffahrt durch die unmaßvolle Abgabe von Schiffen und Ladentagen an Frankreich auf das allerjüngste getroffen worden sei, sollte die Rheinischschiffahrt auch noch den Konkurrenzkampf aufnehmen, der ihr durch die Tarifpolitik der Reichsbahn außerordentlich erschwert werde.

Der II. Nachtrag zum Staatsvoranschlag

Dem Badischen Landtag ist gestern der II. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für die Rechnungsjahre 1924 und 1925 zugegangen. Er wird vom Haushaltsausschuß in Beratung genommen und dann das Plenum beschäftigen. Dieser Nachtrag enthält fast ausschließlich Sachforderungen; Personalangelegenheiten sind — mit wenigen Ausnahmen — nicht in ihm enthalten.

U. a. findet sich darin ein Betrag von 100 000 M., der als Beihilfen zum Ausbau und zur Erweiterung nichtstaatlicher Erziehungsanstalten dient. Die Erweiterung einiger dieser nichtstaatlichen Anstalten ist durch die Ueberfüllung der badischen Fürsorgeerziehungsanstalten notwendig. Die Beihilfen sollen in Form von Darlehen oder Zuschüssen gewährt werden. Aus diesem Betrag soll auch das von der Justizverwaltung gepachtete Erziehungsheim der Georg-August-Maria-Victoria-Stiftung in Rastatt ausgebaut werden. Ferner plant die badische Regierung die Erbauung eines Hauses für schwererziehbare männliche Zöglinge bei der Fürsorgeerziehungsanstalt in Sinsheim a. G. und verlangt dafür 115 000 M. Das Haus ist auch mit Rücksicht auf die Ueberfüllung der vorhandenen Fürsorgeerziehungsanstalten erforderlich.

Zur Aufbesserung gering besoldeter Geistlicher hat die badische Regierung in den zweiten Nachtrag folgende Beträge eingelegt: 743 750 M. für den römisch-katholischen Kultus, 17 000 M. für den altkatholischen Kultus, 637 500 M. für den evangelischen Kultus, 15 320 M. für den israelitischen Kultus und 2 625 M. für die freireligiöse Landeskommune, somit eine Gesamtsumme von rund 1,4 Millionen Mark.

Die badische Regierung beabsichtigt die Bildung eines Landeswohlfahrtsfonds und hat dafür einen Betrag von 700 000 M. in den zweiten Nachtrag eingestellt. Die Mittel dieses Landeswohlfahrtsfonds sind zur Förderung der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege bestimmt, hauptsächlich zur Gewährung von Darlehen zu niedrigerem Zinsfuß. Es sollen dabei besonders berücksichtigt werden Fürsorgeverbände, Kriegs- und Kleinrentner, ferner sollen Einrichtungen der Arbeitsfürsorge für Erwerbsbeschränkte, die Jugendwohlfahrt, die Altersversorgung gefördert, Maßnahmen zur Erwerbsbefähigung der Blinden, Taubstummen und Krüppel und die Wohlfürsorge unterstützt werden.

Die finanzielle Lage der Landwirtschaftskammer macht die Erhöhung des Staatsbeitrags erforderlich, weshalb in den Nachtrag ein Betrag von 20 000 Mark eingelegt worden ist. Weiter werden 105 000 Mark als Staatszuschuß an den Hagelversicherungsfonds verlangt und für die Förderung des Weinbaues und für die Rebschädlingbekämpfung sind 320 000 Mark in den Nachtrag eingestellt, außerdem noch 24 000 Mark für die wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiete der Weinbehandlung. Für die Ab-

jahlungen auf Milch- und Viehstranzenschulden erscheint ein Betrag von 85 000 Mark und ferner die Summe von 225 000 Mark als Staatsbeihilfen zu den Darlehnszinsen aus Bürgschaften des Landes für landwirtschaftliche Organisationen.

Für die Universitäten Heidelberg und Freiburg, sowie für die Technische Hochschule Karlsruhe fordert das Ministerium des Kultus und Unterrichts einen Gesamtbetrag von 579 400 Mark. Darunter befinden sich 40 000 Mark für größere Instandsetzungsarbeiten an den Bauten der Universität Heidelberg, 90 000 Mark für den Umbau des neuen Kollegienhauses, weitere 40 000 Mark als außerordentliche Zuschüsse für die akademischen Institute der Universität Heidelberg. Für Instandsetzungsarbeiten an Universitätsbauten in Freiburg werden 30 000 Mark, für bauliche Änderungen in der Universitätsbibliothek 38 400 Mark und für die Errichtung eines Tuberkulosehauses bei der Freiburger Universitätsklinik 162 000 Mark verlangt. Die Instandsetzungsarbeiten bei den Bauten der Technischen Hochschule Karlsruhe erfordern 27 000 Mark, die Ergänzung des Lehrmaterials 20 000 M. Ferner sind größere Beträge für die soziale Fürsorge für Studierende und für die Bibliotheken der drei Hochschulen in den Nachtrag eingelegt.

Nach der Aufführung dieser Einzelposten sei zusammenfassend gesagt, daß die Gesamtsummen in Ausgaben betragen: Ministerium des Innern 2,4 Millionen Mark ordentlicher Etat, jährlich, 2,2 Millionen Mark außerordentlicher Etat für 1924/25 zusammen; Justizministerium 55 000 Mark ordentlicher Etat für 1924/25, jährlich 340 000 Mark a. o. Etat für 1924 und 1925 zusammen; Kultus- und Unterrichtsministerium 1,6 Millionen Mark o. Etat für 1924 und 1925 jährlich, 872 500 Mark a. o. Etat für 1924/25 zusammen; früheres Arbeitsministerium 1,9 Millionen Mark o. Etat für 1924/25 jährlich, 11 Millionen a. o. Etat für 1924/25 zusammen und Finanzministerium 25,1 Millionen Mark o. Etat für 1924/25 jährlich und 5,3 Millionen Mark a. o. Etat für 1924/25 zusammen.

Die Summe der Gesamtausgaben im zweiten Nachtrag beläuft sich somit im ordentlichen Etat für 1924 und 1925 jährlich auf 31,1 Millionen Mark und im außerordentlichen Etat für 1924/25 zusammen auf 19,8 Millionen Mark.

An Einnahmen werden verzeichnet im ordentlichen Etat 35,5 und im a. o. Etat 2,4 Millionen Mark. Es verbleibt somit im ordentlichen Etat für die beiden Jahre 1924 und 1925 zusammen ein Einnahmehüberschuß von 14,7 Millionen Mark, dem im außerordentlichen Etat ein Ausgabenüberschuß von 17,8 Millionen Mark gegenübersteht. Somit beträgt die Mehrausgabe 2,6 Millionen Mark. Rechnet man hierzu den Fehlbetrag von rund 4 Millionen Mark nach dem Finanzgesetz vom 8. August 1924, so ergibt sich für die beiden Jahre 1924 und 1925 ein Gesamtfehlbetrag von rund 6,7 Millionen Mark, genau 6 699 360 Mark.

Der Minister erwähnte, daß vor dem Kriege die gesamte Binnenschiffahrt nicht weniger als ein Fünftel der von der Eisenbahn beförderten Güter besorgte hat. Diese Zahl ist in den vergangenen Jahren durch die neue Tarifpolitik der Reichsbahn weiter zurückgegangen. Die von der Rheinischschiffahrt aus reiner Selbsterhaltung verlangten Wasserumschlagtarife wurden in durchaus unvollkommenem Umfang gegeben. Die Mitglieder des Haushaltsausschusses des Badischen Landtags konnten sich jüngst auf einer Informationsreise von der durch die Tarifpolitik der Eisenbahn geschaffenen trostlosen Lage der Rheinischschiffahrt überzeugen. Die Lagerhäuser sind unbeschäftigt und das ganze Rheingebiet ist auf ein Minimum beschränkt. Damit wird die ganze Wirtschaft am Oberrhein auf das härteste betroffen. Der Minister forderte, daß Eisenbahn und Schiffahrt zusammengehen. Die Reichsbahn dürfe ihr Ziel nicht allein darin sehen, ihre Reparationsleistungen auszubringen, sie müsse auch Rücksicht auf die deutsche Wirtschaft nehmen und diese liege auch am Rhein.

Die Pockenkrankungen.

Ueber den in Durlach-Aue festgestellten Fall ist noch zu berichten: Die erkrankte Frau ist wohnhaft in der Killesfeldsiedelung. Die Frau wurde bereits am Freitag in die Pockenbarade des Städtischen Krankenhauses in Karlsruhe verbracht, ebenso mußten sich die Angehörigen der Erkrankten zur Beobachtung auf die gleiche Pockenstation begeben, wo sie verbleiben müssen, bis unwirksam festgestellt, daß sie nicht mit Pockengift infiziert sind. Der Verlauf des Falles ist bisher ganz normal, und es ist zu hoffen, daß er ohne weitere Komplikationen verläuft.

Dagegen berichten Mannheimer Blätter: Im Mannheimer Krankenhaus starb gestern früh 8 Uhr eine Frau, die in hohem Fieberzustande und demutlos am Tage vorher eingeliefert worden war. Es wurde Tod an den Pocken festgestellt. Eine Stunde später erfolgte die Beerdigung, die kirchliche Einsegnung erfolgte später. Die Verstorbenen war die zweite Frau des Arbeiters Johann Klaus, 30 Jahre alt, wohnhaft in der Mittelstraße. Es sind alle Vorsichtsmaßnahmen gegen eine Ansteckung getroffen.

r. Bretten, 14. Juli. (Preisgekrönt.) Mehr als einen gewöhnlichen Uchtungserfolg errang früh der Gesangsverein „Sängerbund“ Bretten, der bei dem großen Sängertreffen in Langensiefenbach bei Ettlingen in der Klasse der Stadtvereine über 60 Sänger bei sehr starker Konkurrenz den 1. Preis errang. Ein goldener Pokal und Medaille fielen dem Sieger zu.

Kronau (bei Bruchsal), 15. Juli. Hier kam das 6 Jahre alte Söhnchen des Landwirts Karl Hillenbrand III unter einen Wagen und erlitt schwere Kopfverletzungen.

Heidelberg, 15. Juli. (Vom Zuge ersah.) Im Stadtteil Wieblingen fuhr der Landwirt Michael Treiber mit einem Wagen über das Bahngelände, als ein Zug der Nebenbahn von Heidelberg her ankam. Der hintere Teil des Wagens wurde vom Zuge erfasst. Sämtliche Insassen des Wagens wurden herausgeschleudert. Dabei wurde die Ehefrau des Schmiedemeisters Funke schwer verletzt, während die übrigen Insassen mit leichten Verletzungen davonkamen.

Weinheim, 15. Juli. („Pilgerhaus.“) Am Sonntag konnte das Kinderfürsorgeheim „Pilgerhaus“ bei Lügelschaden sein 75jähriges Bestehen feiern. Damit verbunden war eine Abschiedsfeier für den Hausvater Schäfer, der nach langjährigem Wirken an der Anstalt diese in kurzem verlassen wird, um als Missionar im Dienste der Basler Mission nach Afrika zu gehen.

Hügelsheim, 15. Juli. (Einbrecher.) Drahtbericht. Nachdem in Hügelsheim drei Häuser geplündert worden waren, wurde auch im Hause des Hügelsheimer Bürgermeisters während seiner Abwesenheit ein Betrag von 300 M. entwendet. Am Nachmittag stieg der Dieb durch ein geöffnetes Fenster in die Wohnung ein. Nach dem Diebstahl verlangte er in einer Wirtschaft ein Auto, weil sein Vater verunglückt wäre. Dann fuhr er nach Karlsruhe, wo er am Bahnhof verhaftet wurde.

Rehl, 15. Juli. (Maul- und Klauenseuche erloschen.) In dem Bezirke Altenheim, Odelsbüsch und Rehl einschließlich Sundheim ist die Maul- und Klauenseuche erloschen. Die Sperre ist aufgehoben; die Schweinemärkte in Rehl finden wieder statt.

Wehr i. W., 15. Juli. (Sundetollmat.) Nach wie vor treten Fälle von Hundetollmat auf. Erst in den letzten Tagen wurde bei einem tollwutverdächtigen Hunde und einer Rasse durch die ärztliche Untersuchung Tollmat festgestellt. Dieser Hund hatte auch ein spielendes Kind gebissen und zwei Schafe, die zur fraglichen Zeit im Freien die Nacht verbrachten. Diese mußten einige Tage später wegen Tollwutverdacht getötet werden.

Vörsach, 15. Juli. (Geplante Neubauten.) Die eingehenden Entwürfe für den Rathausneubau werden zusammen mit dem Pro-

jekt für die Krankenhausweiterung und Schulhausneubau dem Bürgerausschuß vorgelegt werden. Die Herstellung des Bahnhofsportplatzes soll mit künftiger Beschleunigung in Angriff genommen werden.

Bad Dürkheim, 15. Juli. (Bekämpfung der Staubplage.) Als erste Gemeinde der Saar beabsichtigt Bad Dürkheim die Kreisstraße im Ortsbezirk gegen die Staubplage zu teeren. Der Kreisrat hat hierzu einen Kostenbeitrag von 25 Prozent bewilligt.

Donauschingen, 15. Juli. (Trachtenfest auf dem Bartenberg.) Unter der Leitung des Vorsitzenden des Trachtenvereins Saar, Pfarrer Sernatinger aus Hausen vor Wald, veranstaltete der Trachtenverein in Gemeinschaft mit dem Verkehrsverein Geisingen am Sonntag auf dem Bartenberg ein Trachtenfest. Ueber war der beabsichtigte Besuch des Karlsruher Verkehrsvereins ausbleiben. Zuschauer und Mitspielende waren äußerst zahlreich erschienen. Das Fest nahm einen glatten harmonischen Verlauf. Alle treue Vereinsmitglieder wurden ausgezeichnet, historische Trachtenreigen, Kolktänze und Gesangsbeiträge wurden aufgeführt. Besonders hervorzuheben war ein Baaremer Hochzeitsreigen und eine starke Gruppe Alt-Radolfsecker Patriarchinnen. Auch der Fiert von Fürstentum bestand sich unter den Gästen. Großes Interesse erregte die im Jagdschloß untergebrachte Ausstellung Schwarzwälder Hinterglasmalereien, Erzeugnisse der damaligen Zeit, die Pfarrer Sernatinger sich aus den einzelnen Orten der Saar ausmählte. Diese Ausstellung bleibt bis zum 26. Juli geöffnet. Das Fest, das vom besten Wetter begünstigt war, hielt alle und Jung bis in die späten Abendstunden bestimmen.

Aus den Nachbarländern.

Landau, 15. Juli. (Drahtbericht.) Der verheiratete Landwirt Peter Jäger von Dammheim geriet auf dem Heimwege unter ein Auto. Die Autofahrer liegen in rücksichtsloser Weise den Verunglückten liegen und suchten das Weite. Ein kurz darauf passierender Motorradler eilte dem Schwerverletzten zu Hilfe. Seine Verletzungen sind so schwer, daß an seinem Aufkommen geweißt wird.

Neckarhulm, 15. Juli. Vorgestern nachmittag brach auf dem auf der Jagdhalde gelegenen staatlichen Hofgut Heuchlingen, das von der Zuderfabrik Rüttlingen pahtweise betrieben wird, ein Feuer aus, das sich rasch über das langgestreckte Stall- und Dekonomiegebäude, in dem große Mengen von Zuderwürstchen untergebracht sind, verbreitete. Die Lösch- und Rettungsarbeiten waren durch den Wassermangel sehr erschwert, weil das Wasser auf eine Entfernung von über 400 Meter aus dem Jagdhalde heraufgepumpt werden mußte. Das obere Stadtwert ist vollständig ausgebrannt. Das Vieh konnte rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden.

Advertisement for 'Jedem das Seine!' (Each his own) featuring a recipe for 'Obst-Törtchen' (Fruit Tarts) by Dr. A. Oetker, Bielefeld. The recipe lists ingredients like butter, sugar, flour, and fruit, and provides instructions for preparation. It also includes a note about the availability of the recipe in German and French.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 16. Juli 1925.

Die Karlsruher Ausstellung „Der Zahnarzt“.

Eine Ausstellung für Schulzahnpflege und soziale Hygiene. — Bedeutungsvolle zahnärztliche Fachvorträge.

Man schreibt uns:

Die für die Zeit vom 31. Juli bis 8. August in den Räumen der technischen Hochschule Karlsruhe unter dem Namen „Der Zahnarzt“ in Aussicht genommene Ausstellung für Schulzahnpflege und für soziale Hygiene, dürfte weit über die Fachkreise hinaus das lebhafteste Interesse wecken. Die Vorarbeiten zum Aufbau der vielseitigen Ausstellung sind in vollem Gange und das gesamte Programm für die Ausstellungstage endgültig festgelegt. Das Ehrenpräsidium hat Staatspräsident Dr. Heilpach übernommen, während den Ehrengast die hervorragenden Professoren der Medizin und Zahnmedizin, ferner Vertreter der Reichsregierung und Länderregierungen, die Vorstände der Gesellschaften zur Bekämpfung der Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, des Kurpfuschertums und verschiedener Vereinigungen und Organisationen angehören, die an der Befundung und der Wohlfahrt des deutschen Volkes regen Anteil nehmen.

Während der Ausstellungsperiode finden bedeutende Vorträge anerkannter Autoritäten auf dem Gebiete der Zahnpflege statt. Eingeleitet werden die zahlreichen Veranstaltungen am Mittwoch, den 29. Juli mit einem Vortragsabend für die Schulbehörden im Aulagebäude der Technischen Hochschule, bei dem Rektor Hertel über die Bedeutung der Schulzahnpflege und Dr. Geißler über „Schule und Tuberkulose“ sprechen werden. Ein Vortrag der Deutschen Gesellschaft des Kurpfuschertums beschließt diesen Abend, dem sich am Donnerstag, den 30. Juli, vormittags 9 Uhr, eine Filmvorführung mit Vorträgen über „Schulzahnpflege“ anschließt. Bei dieser Filmvorführung sprechen Prof. Dr. Kantorowicz-Bonn, Prof. Dr. Jilkens-Köln und Privatdozent Dr. Winkler-Frankfurt.

Die offizielle Eröffnung der Ausstellung findet Sonntag am Freitag, den 31. Juli, vormittags 10 Uhr, in der Aula der Technischen Hochschule statt. An die Eröffnung schließt sich eine Führung durch die Ausstellung an. Nachmittags 5 Uhr beginnt sodann die erste öffentliche Vortragsreihe mit Lichtbildern über soziale Hygiene im Vortragsaal der Technischen Hochschule. Abends 9 Uhr sind die auswärtigen Teilnehmer bei einem Bierabend im Künstlerhaus Gäste der Bezirksgruppe Karlsruhe des Reichsverbandes der Zahnärzte Deutschlands. Am Samstag, den 1. August, vormittags 9 Uhr, nimmt die wissenschaftliche Tagung der Südwestdeutschen Schweizerischen Zahnärztervereinigung ihren Anfang, die nachmittags fortgesetzt wird. Am 5. August wird die zweite öffentliche Vortragsreihe mit Lichtbildern über soziale Hygiene abgehalten, bei der Zahnärztin Dr. Stephani und Dr. Geißler sprechen werden. Am Sonntag, den 2. August werden die wissenschaftlichen Vorträge fortgesetzt und gleichfalls öffentliche Filmvorführungen im Uniontheater die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Zahnpflege lenken.

Neben den fachwissenschaftlichen Vorträgen finden eine Reihe von Veranstaltungen unterhaltender Art statt, von denen vor allem der Festabend im kleinen Festhallsaal am Samstag, den 1. August genannt sei. Die Stadt Karlsruhe veranstaltet für die Teilnehmer am gleichen Tage ein Feuerwerk im Stadtgarten. Am Sonntag, den 2. August werden die Tagungen mit einer Fahrt nach Baden-Baden ihren Abschluß finden.

Eröffnung einer neuen Luftlinie Karlsruhe-Basel. Gestern nachmittags wurde ein neuer Luftdienst Karlsruhe-Basel eröffnet, der von der Badischen Luftverkehrs-Gesellschaft mit dem Sitz in Karlsruhe betrieben wird. Diese Woche werden zwei Kurse durchgeführt, die nächste deren vier. Nachher werden die Flugzeuge täglich kürzer und jeweils 3.10 Uhr nachmittags in Basel eintreffen und um 4 Uhr nachmittags zum Rückflug starten.

Zur Eröffnung der Schweizer Kunstausstellung in Karlsruhe. Der Bundesrat hat den Schweizerischen Gesandten in Berlin Ruff nach beauftragt, an der Eröffnungsfest für die Ausstellung der Schweizer Kunst in Karlsruhe teilzunehmen. Die Feier findet am 19. Juli statt.

Besuch Deutscher Kriegsgräber im Osten. Ein Mitglied des Landesverbandes in Baden des „Bund der Deutschen Kriegsgräberfürsorge“ reist in den nächsten Tagen zum Besuch deutscher Kriegsgräber nach Galizien, Rumänien und Südwesten, in die Gegend von Brod-Tarnopol, Lemberg, Strzy, Stanislaw-Bukowina-Belgrad-Semendria und Siebenbürgen. Er ist bereit, Einzelwünsche über dortige Grabstätten von Hinterbliebenen, soweit er hierzu in der Lage ist und die Verhältnisse es in den einzelnen Gegenden gestatten, auszuführen. Eventuelle Wünsche sind an den Landesverband Baden des Bundes der Deutschen Kriegsgräberfürsorge in Karlsruhe, Geschäftsstelle Rathaus umgehend einzusenden.

Das Jugendwandern ist schon der Gegenstand vieler Auseinandersetzungen gewesen. Die Tatsache aber steht fest, daß viele unserer Jugendlichen an Sonn- und Feiertagen hinausziehen in die deutschen Lande und dort die Heimat kennen lernen und neue Lebenskraft mitbringen in den Alltag. Wohl alle Menschen, denen die Not unserer Großstädte bekannt ist, begrüßen diesen Drang der Jugend nach reiner Freude, nach reinem Genießen in der herrlichen Natur. Alle die Menschen, welche die Sehnsucht kennen nach Höhenwegen, stehen hinter der Jugend und ihren Bestrebungen. Edelster Dienst aber an der Jugend ist, ihnen zu helfen bei der Errichtung geeigneter und geordneter Unternehmungen, denn nur dann kann vom rechten Wandern die Rede sein, wenn die Sorge um die Beherbergung zufriedenstellend gelöst ist. In den Dienst dieser Sache stellt sich, wie man uns schreibt, eine Vereinigung unter dem Namen „Jugendwandler“, deren vornehmste Aufgabe ist, an der Errichtung vieler und guter Wanderherbergen für Jugendwanderer mitzuwirken. Das erste Unternehmen war ein Mädchenwander- und Erholungsheim in dem Dörfchen Ebersteinburg bei Baden-Baden, das nicht nur unseren Quäbörnerinnen und Jungbörnerinnen, sondern auch in eigenen schönen und großen Küchen, Wohn- und Schlafzimmern all den Mädchen, gleich welchen Bundes und Richtung, die Ruhe und Freude in den Heimatbergen suchen, ein gastliches Plätzchen durch die eingerichtete Jugendherberge bietet. Am ersten Sonntag im Juli wurde das Heim feierlich der Benützung der Jugend übergeben. Nun wäre wohl das Heim da, aber noch fehlt ein großer Teil der Innenausstattung, von der erheblichen Schuldenlast, die trotz aller Opfer der Erbauer noch auf diesem Hause lasten, gar nicht zu reden. Von dem Ministerium des Innern wurde der Vereinigung „Jugendwandler“ in dankenswerter Weise gestattet, in den kommenden Tagen eine Hausammlung zu veranstalten. Alle wandertrüben Brüder und Schwestern, alle guten Menschen hütet die Vereinigung recht herzlich, den Sammlern und Sammlerinnen, die einen bezirksamtlich gestempelten Ausweis mit sich führen, ein kleines Scherlein zu geben.

Wer verteuert die Lebensmittel?

Aus Handelskreisen wird uns geschrieben:

Unter diesem Titel veröffentlichten in den letzten Tagen einige Zeitungen Artikel, in denen behauptet wurde, daß die Ursachen der Preissteigerungen auf dem Lebensmittelmarkt nicht bei der Landwirtschaft, sondern in der ungerechtfertigten hohen Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis, also beim Handel zu suchen sei. Am Schlusse des Artikels wird dann der Meinung Ausdruck gegeben, daß nur durch eine gründliche Neuorganisation und straffe Zentralisation der Preisprüfungsstellen Abhilfe geschaffen werden könne.

Obgleich die Quelle dieses Artikels verschwiegen wurde, geht man kaum fehl, wenn man annimmt, daß er aus landwirtschaftlichen Kreisen stammt. Begründet ist diese Annahme durch folgenden Satz: „Von volkswirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, muß jeder vernünftig denkende Mensch zugeben, daß die Landwirtschaft, um ihren Betrieb rentabel zu gestalten, einen Anspruch auf mäßige Erhöhung der Erzeugerpreise hat, während der Handel im Interesse des Gesamtwohls seinen Verdienst auf eine normale Basis zurückzuführen muß.“

Dieser Satz beweist aufs deutlichste die Ursprungsquelle des tendenziösen Artikels, nämlich jene landwirtschaftlichen Kreise, die von jeher das größte Interesse an der Erhöhung der Erzeugerpreise gehabt haben. Das sind nicht etwa unsere süddeutschen Kleinbauern, die zur Zeit, wie so viele andere Berufsstände, tatsächlich schwer um ihre Existenz zu kämpfen haben, sondern die ostelbischen Großgrundbesitzer, die schon in Friedenszeiten maßgebenden Einfluß auf die Lebensmittelpreise ausgeübt haben.

Es muß als eine haltlose Verdächtigung bezeichnet werden, wenn behauptet wird, der Handel sei an der Verteuerung der Lebensmittel schuld, „da er manchmal das drei bis dreieinhalbfache der Erzeugerpreise einsteckt.“ Als Beispiel wird unter anderem die Verteuerung des Fleisches durch den Handel angeführt. Richtig ist, daß Karlsruhe und Mannheim ohne irgendwelches Viehproduktionshinterland teureres Fleisch haben muß als die Städte München, Augsburg, Stuttgart, da ja neun Zehntel des Bedarfs an Fleisch von Karlsruhe und Mannheim aus den vorgenannten Städten bezogen wird und die Verlade- und Frachtkosten ganz erhebliche Beträge ausmachen. Von einer unberechtigten Verteuerung kann aber schon deswegen gar keine Rede sein, weil die Konkurrenz eine solche Verteuerung gar nicht aufkommen läßt.

Die Verteuerung der Lebensmittel ist nicht auf eine Ausbehnung der Verdienstspanne des Handels zurückzuführen, sondern in der Hauptsache auf die Aufschläge, die durch die Steuern und Abgaben, Löhne und Gehälter und die höheren Geldbeschaffungskosten dem Handel erwachsen. Gerade der letztere Umstand wird viel zu wenig berücksichtigt. In einer Zeit der

allgemeinen Geldknappheit, in der wir leben, ist der Handel mehr als je auf die Inanspruchnahme von Krediten angewiesen, die, wie auch in landwirtschaftlichen Kreisen bekannt sein dürfte, teilweise das drei- bis vierfache der Friedenszinsen beanspruchen.

Geradezu unverständlich aber ist der Ruf nach strenger Zentralisation der Preisprüfungsstellen, also die Forderung nach einer Neuaufgabe der Zwangswirtschaft. Man hätte annehmen dürfen, daß auch die Kreise, aus deren Reihen der irreführende Artikel stammt, durch die verheerenden Wirkungen der Zwangswirtschaft zu der Einsicht kommen mußten, daß nicht durch die Zwangswirtschaft, sondern nur durch den freien Handel die Waren verbilligt werden. Heute ist es doch so, daß manche Waren zu einem so billigen Preis in den Handel kommen, wie es unter der Herrschaft der Zwangswirtschaft unmöglich war. Daß eine Überbeanspruchung des Verdienstes nicht vorhanden ist, kann schon daraus ersehen werden, daß auch Konsumvereine und Bezugsvereine nicht in der Lage sind, billiger zu liefern als der freie Handel. Auch die Genossenschaften müssen wie der Kaufmann heute außerordentlich hart kalkulieren, um konkurrenzfähig zu bleiben. Ja es gibt Artikel des täglichen Lebens — wir erinnern nur an den Zucker — bei denen der Kleinverkaufspreis in keinem Verhältnis steht zum Einkaufspreis, weil durch die Ausgabe kleiner Rationen soviel eingebüßt wird, daß von einem Verdienst kaum mehr die Rede sein kann.

Wer in Wirklichkeit auf die Verteuerung der Lebensmittel hinarbeitet, das zeigen die Bestrebungen gewisser landwirtschaftlicher Kreise zur Einführung von Schutzzöllen für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Um nun die Aufmerksamkeit der Massen von diesen Bestrebungen abzulenken, verjudet man den Handel zu verdächtigen als den Urheber der Verteuerung. In den Kreisen des freien Handels ist man sich bewußt, daß eine Verteuerung der Lebenshaltung heute zu den größten Gefahren für unser gelamtes Wirtschaftslieben gehört. Da eine Erhöhung der Löhne und Gehälter die unausheilbare Folge dieser Verteuerung wäre, hätten wir gleich wieder die Schraube ohne Ende, deren Wirkung wir in der Inflationszeit bis zum Weißbrot verspürt haben. Es scheint aber, daß in gewissen Erzeugerpreisen diese Folgen nicht so katastrophal waren wie bei den Verbrauchern, denn sonst wäre der Ruf nach der Zwangswirtschaft unmöglich.

Wenn wir auf eine normale Basis zurückkommen wollen, dann gibt es nur eines: Ausfaltung aller Zwangswirtschaft, Freieheit für den Handel, die allein im Stande ist, im freien Konkurrenzkampf die Preise für alle Artikel des täglichen Bedarfs normal zu gestalten.

Gaujüngertag.

Der Karlsruher Sängergau veranstaltet am 19. Juli sein 2. Gaujüngertag, das auf Grund seiner Aufmachung vielem Interesse begegnen dürfte. In der Festhalle in Karlsruhe finden zwei Konzerte statt, ein Vormittags- und ein Nachmittagskonzert, an dem sich 45 Vereine mit ungefähr 3000 Sängern beteiligen. Der Gau wurde in 5 Gruppen eingeteilt, wovon drei vormittags und zwei nachmittags auftraten. Die erste Gruppe mit 12 Vereinen singt zur Eröffnung den Gesamtchor „Wanderers Nachtlied“; hierauf schließen sich Einzelvorträge der 12 Vereine, denen das Motto „Natur und Heimat“ zu Grunde gelegt ist. Die zweite Gruppe mit 8 Vereinen besingt in Einzelstücken „Der Rhein“ und zum Schluß als Gesamtchor „Die Koroletti“. Die dritte Gruppe singt mit 12 Vereinen von „Reiz und Liebe“ und als Gesamt-Schluschor „Wandererschaft“ von Jölnner. Die Gesamtleitung dirigieren die beiden stellvertretenden Gaupräsidenten Herren Graulich und Mayer. Das Nachmittagskonzert findet unter Mitwirkung des Landeschesterorchesters und von Herrn Kammerorganist Fritz aus Stuttgart statt. Leitung der Orchesterwerke und der Gesamtleitung: Hugo Rahner. Dieses Konzert setzt sich aus drei Teilen zusammen: 1. Teil: Aus der Oper „Die Zauberflöte“ von Mozart, „Vorpiel“ mit Orchester, dann die Arie „In diesen heiligen Hallen“ (Kammerorganist Fritz), und zum Schluß von 12 Vereinen der Gesamtchor „O Schicksal alles Schönen“. Der zweite Teil besteht aus Einzelvorträgen der vorgenannten 12 Vereine. Als dritter Teil kommen Teile aus dem Bühnenfestspiel „Die Meistersinger“ von R. Wagner. Zuerst das Vorpiel für großes Orchester, dann Pogner's Ansprache: „Das schöne Fest Johannistag“. Hierauf Festzugsmusik der Zünfte mit den Chören der Schuster, Schneider und Bäcker, gesungen von 700 Sängern, anschließend „Tanz der Lehrbuben“ und Festzugsmusik der Meistersinger. Nach dem Gesamtchor: „Was auf, es naht den Tag“ kommt die Ansprache des Hans Sachs: „Ehrt Eure deutschen Meister“ und zum Schluß der Gesamtchor: „Ehrt Eure deutschen Meister... Heil deutsche Kunst“. Der Gesamtaufschuß des Bad. Sängerbundes wird an der Veranstaltung teilnehmen. Näheres über die Eintrittspreise ist aus dem Anzeigenteil zu ersehen.

Voranzeigen der Veranstalter.

Die Welterverleihung Karlsruhe e. B. veranstaltet am Freitag, den 17. Juli 1925, abends 9 Uhr Mieter-Vorlesungen für Volk und Schicht in der Restaurations „Unter den Linden“, Kaiser-Allee 71, für Schicht, Altkadett und fäbrige Beirte im Kaffee-Romaad, Eitlingerstraße. (Näheres siehe Anzeig.)

Stadtkartenkonzerte. Das von der Feuerwehrlaufe für das Stadtkartenkonzert am Freitag, den 17. d. M., abends von 8-10½ Uhr ausgemerkte Programm verleiht einen besonderen Genuß. Unter der Devise „Konzert aller Meister“ hat Musikdirektor Irrong eine Auswahl schöner deutscher Kompositionen zusammengestellt aus welchen besonders Werke von Mendelssohn, Mozart, Beethoven, Schumann, Gaden usw. hervorragen.

Eine Falschmünzerbande vor dem Karlsruher Schöffengericht.

Karlsruhe, 15. Juli. Vor dem hiesigen Schöffengericht standen heute die zahlreichen Münzvergeher zur Verhandlung, die von Ende 1924 bis März 1925 in Ettlingen und Forzheim verübt wurden. Angeklagt waren Ludwig Wurster und dessen Sohn Hermann, Hermann Essig und dessen Ehefrau, Anton Scham, Karl Kast und Karl Eller. Sie sind angeklagt, gemeinschaftlich und in Tateinheit fortgesetzt in der oben genannten Zeit zuerst in Ettlingen und dann in Kiefern bei Forzheim inländisches Geld unter zwar mindestens 1000 Dreimarstück mit den Münzzeichen F 1924 und A 1924 in einer den echten nahe kommenden Legierung aus Silber und Kupfer im Prägeverfahren nachgemacht zu haben. Der Angeklagte Essig wird weiter beschuldigt, in selbständiger Handlung Privatkunden fälschlich angelegt zu haben, indem er Postanweisungen mit falschen Wohnbernamen anfertigte und zum Teil durch seine Frau anfertigen ließ und die entsprechenden Beiträge durch den Lehrling bei den verschiedenen Postanstalten mit falschen 3 Markstücken einzahlen ließ.

Die Verhandlung zeigte ein trauriges Familienbild der Familie Wurster, die durch eine Wechselschuld in Not geraten ist. Im großen ganzen zeigten sich die Angeklagten geständig und berieten durchweg ihre Freiheit. Die Falschmünzerwerkstatt befand sich anfangs in Ettlingen und wurde später in die Wohnung des Wurster in Forzheim verlegt. In Kiefern wurden die Falschstücke fertiggelassen, von wo sie in den Verleher gelangten. Das falsche Geld wurde in der Hauptsache

angefertigt aus Silber, das der Angeklagte Eller bei der Verleherungsanstalt Gebr. Hepp in Forzheim gestohlen hatte. Diefem Umstand war es auch zuzuschreiben, daß die falschen Münzen mehr Silbergehalt hatten als die echten.

In der Nachmittagsverhandlung spendete Oberstaatsanwalt Wehl vor allem der Kriminalpolizei und der Gendarmen großes Lob für ihre musterzügliche Zusammenarbeit, deren schlagfertiges Vorgehen die Aufdeckung des Verbrechens, das sonst noch weitere Kreise hätte ziehen können, zu verdanken sei. Er beantragte, sämtliche Angeklagten bei der großen Gefährlichkeit des Unternehmens zu verurteilen und zwar am schwersten den Angeklagten Essig, für den er mindestens 5 Jahre Zuchthaus verlange, ebenso für die beiden Wurster, wenn auch im Ausmaß eine geringere Zuchthausstrafe. Frau Essig habe statt unter dem Einfluß ihres Mannes gestanden; es sei daher auf eine Gefängnisstrafe zu erkennen, die er in das Ermeßen des Gerichtshofes stelle, ebenso die Strafen für die beiden Lehrlinge, für die er auch Strafaufschub befürwortet. Der Angeklagte Eller sei mit einer Gefängnisstrafe oder zu einer Geldstrafe zu verurteilen, denn seine Handlungen haben von großer Gemeinheit gezeugt.

Das Urteil lautet: Die beiden Wurster, Vater und Sohn, wurden zu einer Gefängnisstrafe von je 2 Jahren, unter Anrechnung der Unteruchungshaft von drei Monaten, Essig zu einer Zuchthausstrafe von 3 Jahren, unter Anrechnung von 3 Monaten Unteruchungshaft, Frau Essig zu einer Gefängnisstrafe von 4 Monaten, abzüglich drei Wochen Unteruchungshaft verurteilt; ihr wurde Strafaufschub auf Wohlverhalten zugebilligt. Der Angeklagte Eller erhielt 8 Wochen Gefängnis, abzüglich drei Wochen Unteruchungshaft; die restlichen 5 Wochen sind in eine Geldstrafe von 200 M. umzuwandeln. Die beiden Lehrlinge Kast und Scham wurden zu je 4 Monaten Gefängnis unter Gewährung eines Strafaufschubs verurteilt; auch sollen für sie erziehliche Maßnahmen eingeleitet werden. Außer dem Angeklagten Wurster verzichteten alle auf Einspruch. Oberstaatsanwalt Wehl dagegen hat sich vorbehalten, gegenüber dem gegen Wurster ausgesprochenen Urteil Berufung einzulegen. Gegen die beiden Wurster, sowie gegen Essig wurde auf Abberentung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren erkannt. Die Falschstücke und die zu ihrer Herstellung gebrauchten Gerätschaften verfallen der Beschlagnahme.

Bosch RADLICHT advertisement with logo and text: Geringe Anschaffungskosten, Das Licht nach jahrelanger Benützung der Anlage noch so hell wie zu Anfang, Keine Überlastung der Glühlampe, daher kein vorzeitiges Durchbrennen, Beste Werkstoffarbeit, An jedem Rad anzubringen, Zu haben in den Fahrradhandlungen, ROBERT BOSCH A.-G. Berlin - Breslau - Frankfurt a. M. - Stuttgart

ANTUKA Luhs 80%ige Doppel-Fettseife leicht schäumend und sparsam 40 Pfg. Jedes Geschäft von Ruf führt „Antuka“

Südwestdeutsche Industrie- und Wirtschafts-Zeitung

Das Privatkapital in der Ukraine.

Moskau, 14. Juli.
Der in Charkow soeben zu Ende gegangene ukrainische Exportkongress hat sich für die Freigabe einiger Zweige des Exporthandels an das Privatkapital ausgesprochen, konnte aber nicht umhin, die Nichtbefolgung der Vorschriften der Unionregierung hinsichtlich der größtmöglichen Einbeziehung des Privatkapitals in die Wirtschaft des Staates durch die ukrainischen Ortsbehörden mit aller Schärfe zu vermerken. Zu diesem, den russischen Aufbau nach übereinstimmenden maßgebenden Urteilen stark benachteiligenden Umstand veröffentlicht die wirtschaftliche Moskauer „Ekononimicheskaja Schijn“ längere Ausführungen, in denen sie die Kurzsichtigkeit der Ortsbehörden scharf tadelt und vor der Fortsetzung ihrer kleinlichen Politik warnt. Es sei auf Grund amtlicher Statistiken eine enorme Abnahme des privaten Kapitalumsatzes im ukrainischen Handel festzustellen. So sei der Privathandel in der zweiten Hälfte des laufenden Wirtschaftsjahres um volle 8 Prozent zurückgegangen, und zwar besonders im Einzelhandel, dem schon lange freigegebenen eigentlichen Kern des Privatkapitals. In einzelnen Gebieten habe sich die Einholung von Handelspatenten seitens privater Kaufleute bis zu 35,7 Prozent verringert. Diese Tatsache sei umso einschneidender, als sowohl der Handel als auch die Staats- und die Genossenschafts-Organisationen den bestehenden privaten Umlauf wieder qualitativ noch quantitativ ersetzt haben. Schuld hieran sei im einzelnen: 1.) die Zunahme an das Privatkapital, der Staatsindustrie günstigere Zahlungsbedingungen zuzugestehen, als es die staatlichen und genossenschaftlichen Handelsorganisationen täten; die verständliche Zurückhaltung des Privatkapitals zwinge aber den Genossenschaftshandel, die schweren Zahlungsbedingungen der Staatsindustrie zu akzeptieren, nur um die Warennachfrage des flachen Landes befriedigen zu können. Während der staatliche und Genossenschaftshandel jederzeit aber doch wenigstens kurzfristige Kredite erhalte, würde vom Privatkapital eine sofortige 100prozentige Deckung verlangt. 2.) Da die Kreditierung des Privatkapitals staatlicherseits nur 0,5-1 Prozent des Gesamtkredits der Banken an den Binnenhandel ausmache, habe dieser sich an die Gesellschaften für gegenseitigen Kredit gewandt, die jedoch keinerlei nennenswerte Bedeutung haben. 3.) Die Besteuerung des Privatkapitals nehme geradezu ständische Formen an. In vielen Fällen verhängte z. B. die Lokalämter, die bekanntlich von den Kommunalbehörden festgesetzt wird, 70-80 Prozent des Gesamtumsatzes eines privaten Kaufmanns. In den Haupthandelszentren der Ukraine übersteige die Verkaufspreise die der Vorkriegszeit um 163-580 Prozent, sie machten im Etat des Privatkaufmanns also 15-45 Prozent aus. Naturgemäß müßte alles das zur Unterdrückung des Privatkapitals führen und namentlich die Kommunalbehörden müßten sich entschließen, ihre Ausgaben irgendwie anders, nicht aber ausschließlich aus der Besteuerung des Privatkapitals zu decken. Die zentralen Wirtschaftsorganisationen fordern sofortige Abstellung der Mißstände.

Banken und Geldwesen.

Badische Girozentrale, öffentliche Bankanstalt Mannheim, Zweiganstalt Freiburg. Gegenstand des neuangeordneten Unternehmens ist: Bankanstalt des Badischen Sparkassen- und des Giroverbandes, Sitz Mannheim, zum Zweck der Erhaltung der lebensfähigen Aufgabe des Verbandes.
Die Anleiheverhandlungen der Stadt Barmen. Bei den Verhandlungen über die elf Millionen-Anleihe der Stadt Barmen mit der Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekendarlehen wird auch über die Aufwertung bezw. Tilgung der von der Stadt Barmen in der Vorkriegszeit durch die Vermittlung dieser Bankengruppe aufgenommenen Anleihe verhandelt. Wie wir zuverlässig erfahren, sind die Verhandlungen mit einer amerikanischen Gruppe ebenfalls noch nicht abgebrochen, da die Stadtverwaltung eventl. die Aufnahme einer zweiten Anleihe ins Auge gefaßt hat. Aus diesem Grunde werden vor einem endgültigen Abschluß die Bedingungen der elf Millionen-Inlands-Anleihe nicht bekannt gegeben.
Staatsbank der Sowjetunion. Auf der in Moskau stattfindenden zweiten allrussischen Finanzkonferenz erklärte der Vorsitzende der Staatsbank, Tumanow, Bericht über die Tätigkeit der Bank in dem verflochtenen und laufenden Jahre. Er wies darauf hin, daß die Staatsbank ihre Tätigkeit wesentlich erweitert hätte. Sie sei in der Lage gewesen, allen an sie gestellten Aufgaben gerecht zu werden und eine bedeutende Unterstützung dem russischen wirtschaftlichen Leben zu gewähren. Nach Tumanow sprach Krassin, welcher betonte, daß die französische Geschäftswelt ein großes Interesse für das russische Finanzleben an den Tag lege und die Arbeit des Volkswirtschaftsars für Finanzen und der Staatsbank mit Interesse verfolgte.
Eine 200 000 Pfund-Anleihe für die ungarische Holzindustrie. Die englische Finanzgruppe Henri Schroeder-Guinness Mahon hat den ungarischen Minister Holzwerten, die ihren Hauptsitz in Genf haben, eine Anleihe von 200 000 Pfund Sterling zu 8 Prozent Verzinsung und Rückzahlung nach 7 Jahren zur Verfügung gestellt. Die englische Gruppe erhält eine Option auf Aktien der Gesellschaft im Nominalewert von 5 Millionen Schweizer Franken. Die Minister Holzwerte werden ihr 1/3, von 20 auf 25 Millionen Schweizer Franken erhöhen.

Die Opposition gegen die Bank von England. Die Besprechungen des Gouverneurs der Bank von England in Berlin, werden in London mit gewissen Mißtrauen betrachtet, nicht deshalb, weil man glaubt, daß in Berlin irgendwelche, besonders den englischen Industrie-Interessen zuwiderlaufende Abmachungen getroffen werden könnten, sondern deshalb, weil die Währungsposition der Bank von England und ganz besonders die Anleihepolitik auf die heftige Gegenwehr des Reichsverbandes der englischen Industrien stößt, eine Gegenwehr, die schon in den nächsten Tagen sich in weiteren Aktionen entfalten dürfte, da man bereits in der Vorwoche am allgemeinen Geldmarkt einen starken Vorstoß gegen die Bank von England unternommen hat. Der Grund des Mißvergnügens liegt darin, daß in Industrieländern allgemein die Meinung vorherrscht, daß die Interessen der Produktion und Fabrikation des Landes den Interessen der internationalen Bankfinanzien gegenüberstehen würden. Jedes Land hat vor dem Kriege seine Einfuhr im wesentlichen durch die fortgesetzte Ausfuhr von Kapital bezahlt. Das Embargo auf ausländische Anleihen drohte direkt damit die englische Ausfuhr, und es wäre im Interesse der Allgemeinheit besser gewesen, wenn man die Anleihen nicht so finanzbüttratisch gemacht hätte, wie das tatsächlich der Fall gewesen ist. Letzten Endes läuft die gegenwärtige Währungsposition lediglich auf die Eröffnung des englischen Geldmarktes für Amerika hinaus. England wird amerikanischen überflüssiges Gold aufnehmen müssen, mit dem es nichts anzufangen weiß.

Lebhafte Eisenerzförderung in Frankreich. Die französische Förderung an Eisenerzen betrug im April 3 531 702 Tonnen gegenüber 2 416 667 im Jahre 1924. Die Bestände Ende April beliefen sich auf 1 797 478 Tonnen gegen 1 844 462 Tonnen Ende März.
Tschechische Eisenausfuhr nach Jugoslawien. Der Export von tschechischem Eisen nach Jugoslawien hat in der letzten Zeit sehr zugenommen. Die tschechischen Exporteure waren aber gezwungen, sich der reichsdeutschen Konkurrenz anzupassen, welche sich besonders in der letzten Zeit in Jugoslawien intensiv geltend macht und derzeit einen dreimonatigen Kredit bewilligt. Die tschechische Eisenindustrie räumt Kredite unter den gleichen Bedingungen ein, ist aber viel vorsichtiger in Fällen, in denen es sich nicht um ein erstklassiges Unternehmen handelt.
Uttiner Linsenhandel Dänemarks im Mai. Dänemarks Linsenhandel im Mai hatte einen Wert von 139 884 000 Kronen, die Ausfuhr belief sich auf 153 872 000 Kronen, die Wiedereinfuhr auf 11 517 000 Kronen. Für die ersten fünf Monate dieses Jahres betrug der Einfuhrüberschuß 58 446 000 Kronen bei einer Gesamteinfuhr im Werte von 922 377 000 Kronen. Im Jahre vorher beliefen sich die gleichen Zahlen auf 95 585 000 bzw. 949 813 000 Kronen.

Warenmarkt.

Produkte und Kolonialwaren.

Kartoffeln, 15. Juli, Produktenserie. Abstellung Getreide, Weizen und Futtermittel: Der Markt ist luftlos, das Geschäft bewegt sich in kleinem Rahmen. Weizen handelsüblich 25,50-26 9/16, Roggen, gesund, handelsüblich 22-23, Sommergerste alte Ernte 25-26, Sommergerste ausl. je nach Qualität 20-31, Wintergerste neue Ernte 22-23, Hafer ausländisch 21-22, Mais mit Saft neue Ernte spätere Abrechnung 21,50, alte Ernte 23-24, Weizenmehl Mühlenerforderung 37,50-37,75, Roggenmehl Mühlenerforderung 31,25-32,25, Weizenmehl 15,25-16, Roggenmehl 15-16, Weizenkleie 12-12,50, Roggenkleie 12-12,50, Spezialfabrikate entsprechend teurer. Biererze 16,50-17, Malzkeime 15 bis 15,50 RM, Speisefarbstoffen, neue Ernte 12-15 RM. — Raubfüttermittel: Vögel Viehsenben, aut. gesund, trocken neue Ernte 7-7,50, Vogerne neue Ernte 9,50-10, Weizen- und Roggenstroh, drahtgerecht 5 bis 5,50 RM, alles per 100 Kilo, Mühlenerfabrikate, Mais, Biererze und Malzkeime mit Getreide ohne Saft, drahtgerecht Kartoffeln bezw. Vertikalfabrikate Parität Fabrikation, Baggongerichte, kleinere Quantitäten entsprechende Zuschläge. — Abteilung Getreide und Spirituosen: Die Lage des Marktes ist ziemlich unverändert. — Abteilung Kolonialwaren: Kaffee, roh, Santos 4,20-4,50, gewaschen 4,70-5,00, abgerahmt billige Witzkuna 5,00, Tee cut 6,50-7,40, mittel 7,80 bis 8,20, feiner 9-10,50, Kakao, ausländ. 1,00, inländ. 1,20, Bismarck Nests 0,30, Graubohnen 0,42, gelbe abgetrocknete Erbsen 0,35, weiße Perlbohnen 0,38, Äpfel mittel 0,60, Schweinefleisch 2,00, Salatöl 1,20, Kristallzucker 0,75 RM, alles per Kilo.

Milch- und Käsemarkt vom 15. Juli. (Drahtbericht.) Butter I 1,70, Butter II 1,45-1,55, Marktlage ruhig. Weichkäse mit 20 Prozent Fettgehalt grüne Ware 68-75 Pfa. Tendenz abwartend. Magerer Rundkäse mit 45 Prozent Fettgehalt 1,20 bis 1,40 normale Nachfrage.
Münster, 15. Juli (Eigener Drahtbericht.) Hopfenmarkt. Umlauf 2 Ballen, Zufuhr keine. Preis für Hallertauer 260 RM. Tendenz sehr ruhig.

Hamburg, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) **Warenmarkt.** Kaffee: Die Santosofferten sind unpräziser oder um 1 sh niedriger. Die Stimmung in hiesigen Frachtreisen bleibt ruhig, aber abwartend, da seitens des Inlands- und Plakonsums entsetzende Drucks darauf läßt sich erwarten, daß in diesen Preisen auf heutiger Preisbasis reges Interesse für neue Käufe besteht. — Kakao: Die Marktlage ist nach wie vor sehr fest. Das Geschäft war wieder lebhafter. Auch vom Ausland wurde keine Veränderung in der festen Tendenz gemeldet. — Reis: Für Lokomate zeigt sich gegenwärtig etwas Interesse und die Abgabe sind daher teilweise entgegengenommen. — Burmah II notierte loco und Juli 15,4, spätere Abrechnungen 15,4%; Burmah Bruch I loco nahe Termine 13, Burmah Bruch II Juli-August-September 12,7%; Moulmein loco und Juli 19,9, spätere Abrechnungen 20,8; Baina loco 26,6 sh. — Auslandszucker: Die Umsätze gingen auch heute nicht über den gewöhnlichen Umfang hinaus, doch war die Tendenz auf freundlichere Londoner und New Yorker Meldungen hin ruhig aber fest. — Tischeisige Kristalle Feintorn loco 16,3 B., 16,3 1/2 C., August 16,4 1/2 B., 16,1 1/2 C., September 16,6 B., 16,3 C., November-Dezember 15,5 1/2 B., 15,5 1/2 C., Java 25, Juni-Juli Abgabe von Java 15,6 sh. — Schmalz: Tendenz ruhig. Amerikanisches notierte 41%, raffiniertes 43%-44%, Hamburger Schmalz 44% Dollars je 100 Kilo netto. — Getreide: Bei lebhafter Tendenz blieb das Geschäft still. — Mehl: Tendenz für Weizen- und Roggenmehl ruhig. — Hülsenfrüchte: Der Markt verkehrte in fester Haltung. Die Käufe hielten an. Futtermittel: Die Tendenz ist ausgesprochen ruhig. — Delen und Fette: Tendenz ruhig.

Der Schweinemarkt in Hoeslach a. R. vom 13. Juli war mit 230 Ferkeln und 2 Läufern besetzt. Die Käufer wurden zum Preise von 100 M, die Ferkel das Paar zu 28-65 M verkauft. Der Handel war flott, die ganze Aufzucht wurde abgesetzt.
In Hauslach war am gleichen Tage zum erstenmal wieder Schweinemarkt. Die Käufer waren zahlreich erschienen. Für Ferkel wurden 45 M gefordert und bezahlt. Der Marktverlauf war noch nicht so lebhaft, wie es zu wünschen ist.

Der Vieh- und Schafmarkt vom 13. Juli in Randern zeigte einen Auftrieb von 251 Stück Vieh. Man verkaufte Ochsen zu 600 bis 800, Kühe zu 400 bis 600 und Jungvieh zu 220 bis 300 M das Stück. Dem Schweinemarkt waren 46 Ferkel und 68 Läufer zugeführt, welche zum Preise von 25 bis 34 bzw. 35 bis 60 M pro Stück glatt abgesetzt wurden.

Textilien
Stuttgart, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) **Industrie- und Handelsbörsen:** Nr. 29 englische Trossel, Warp und Vincos 98-100 (am 1. Juli 97-99), Nr. 30 113-115 (112-114), Nr. 36 116-118 (115-117), Nr. 42 englische Vincos 119-121 (118-120) Dollars pro Kilo. Baumwollgewebe: Crétone je Meter 17,25 bis 17,75 (17-17,50), Renforcés 15,25-15,75 (15-15,50), glatte Katun oder Crepés 14-14,50 (13,75-14,75) RM auf jeweiligen Sollarkurs. Nässe für: 5. August.

Wesentliche Erweiterung des Baumwollterminmarktes in Liverpool. In Liverpool beabsichtigt man, wie die „Termin-Mode“ erzählt, neben den bereits bestehenden Terminmärkten für amerikanische Baumwolle sowie ägyptische Sekalaris bis noch zwei Terminmärkte zu eröffnen. Vom 1. September ab soll ein Terminmarkt für „Empire“ und „miscellaneous delivern“ in Kraft treten, für den alle Baumwollsorten angeboten werden können, die nicht geringer sind als die amerikanischen „strict low middling“. Von diesem Terminmarkt erhofft man sich eine wesentliche Förderung des Baumwollbaues außerhalb von Amerika. Er wird auch einen großen Teil der auch in Deutschland stark gedruckten indischen Sorten umfassen. Ein weiterer Terminmarkt soll am 1. November für ägyptische „Uppers“ eröffnet werden. Diese Ausdehnung des Liverpooler Terminmarktes ist auch als eine Gegenmaßregel gegen die Eröffnung des Bremer Terminmarktes sowie gegen die in anderen europäischen Häfen geplante Eröffnung von Terminmärkten anzusehen. Liverpool will energische Anstrengungen machen, um seine gefährdete Vormachtstellung zu behaupten.

Metalle
Forzheimer Edelmetallepreise vom 15. Juli. Gold 2800 bis 2814, Silber 96-96 1/2, Platin 14,60-15,25.

London, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) **Metallanfangsurse.** Kupfer per Kasse 61%, per 3 Monate 62%, Zinn per Kasse 260, per 3 Monate 262 1/2, Blei nahe Sicht 34%, entfernte Sicht 33%, Zinn nahe Sicht 34%, entfernte Sicht 34%.
London, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) **Metallstruktur.** Kupfer per Kasse 62, per 3 Monate 63%, Zinn per Kasse 250 1/2, per 3 Monate 261 1/2, Blei nahe Sicht 34 1/2, entfernte Sicht 33%; Zinn nahe Sicht 34 1/2, entfernte Sicht 34%.

Süddeutscher Holzmarkt.
Wenn man die letzten Ergebnisse der Nadelstammholzversteigerungen in den süddeutschen Forsten betrachtet, so gewinnt man den Eindruck, als ob der Holzmarkt nach mehr zur Festigung eintreten wolle wie bisher. Dabei mag wohl das rückgängige Angebot als Hauptfaktor für den weiteren Preisaufstieg gelten, man verbleibt aber in Nachfragen nicht die Bejagung über eine derartige Entwicklung der Preise in einem Moment, in welchem möglicherweise der Benennung am Schnittpunkt in den Holzwarenmarkt bedrohlich scheint, nachdem bisher bekanntlich schon die Schnittwarenpreise auf einem gewissen Niveau festgehalten waren und nicht weiter heraufgehoben werden konnten. Gewiß, manche Sägewerke, die sich im Frühjahr beim Rundholzeinkauf auf kleinere Posten beschränkten, mögen zu Neueindungen gezwungen werden, aber für die Preisstreberei hat man trotzdem in feriofen Frachtreisen nicht das ge-

ringte Verständnis, vielmehr nur Worte der Beurteilung eines solchen Vorgehens. Parteien, die vorwiegend Starkholz enthielten, waren am meisten umworben, weil gerade in den besseren Sortimenten die größte Knappheit bei den Sägewerken herrschte. Leghin hat man in Gernsbach aus dem badischen Forstamt Kaltenronn rund 3000 Kbm. Nadelstamm- und Abchnittholz an; dabei stellen sich die Erlöse für Nichten- und Tannenlangholz, je nach Losen, auf 132-141 Prozent, für desgl. Abchnittholz auf etwa 125 bis 131 Prozent, für Forststammholz auf etwa 125 bis 133 Prozent und für desgl. Abchnittholz auf etwa 125-127 Prozent der Landesgrundpreise. Wenn man berücksichtigt, daß zu diesen Sätzen noch hohe Zubehöre (6-7 M je Kbm. bis zur Bahn treten, so geben die Einstandspreise über das normale Maß weit hinaus. Wie sehr sich die Forstverwaltungen an die übertrieben hohen Sätze gewöhnt haben, erhellt aus dem Vorgehen einer würt. Gemeindeverwaltung, die sich bei einem Submissionsverkauf, bei dem Gebote von 125%-136% Prozent der Landesgrundpreise abgegeben wurden, den Zuschlag vorbehielt. Das württembergische Forstamt Wildbad verkaufte legthin 2500 Kbm. Nichten- und Tannenstammholz zu durchschnittlich 142 Prozent und 1950 Kbm. Forststammholz zu 134 Prozent der Landesgrundpreise. Vom württembergischen Forstamt Weizheim wurden 1600 Kbm. Nichte und Tanne zu durchschnittlich 149 Proz. und 115 Kbm. Forststammholz zu 134 Proz. der Landesgrundpreise abgegeben. Jüngst hat man von der Tschechoslowakei Kiefern-Richtern, handelsüblich gesunde Ware, entzündl. 3-6 Meter lang, mit höchstens 10 Prozent, 2 und 2,50 Meter 18-25 Zentimeter Mittendurchmesser, zu 160 Kc. je Kbm., ausfuhrfrei Odenberg, ohne deutschen Eingangszoll, an Tschechisches Nichten- und Tannenlangholz war meist zu hochpreisig angeboten und bei so scharfen Zahlungsbedingungen, um in großen Posten an den deutschen Markt Absatz finden zu können.

Der ägyptische Baumwollmarkt.

W. Sch. Alexandria, 10. Juli 1925.
Unter den momentan geltenden Verhältnissen an unserem Markt war es nicht zu verwundern, daß die Kaufleute in amerikanischen Baumwollmarkt auch hier einen starken Nachlass fanden. In den ersten Tagen des Monats stiegen die Kontrakte für November (Sektalaris) bis auf 49 Dollar. Wie vorher spielte auch hier die Spekulation die Hauptrolle, während die tatsächlichen Baumwollhändler sich mehr dem Marke in Ägypten zuwandten. Der plötzliche Rückgang der Kontrakte wurde durch die Spekulation verursacht, die sich auf den Markt der Wollfäbers so viel wie möglich auf die Preise erließen. In den letzten Tagen hat, mit dem steigenden amerikanischen Markt auch unter Kontraktmarkt an Festigkeit zugenommen. Am 6. Juli standen Sektalaris-Kontrakte neuer Ernte (November) wieder auf 47,25 und Oberägyptische (Sktober) auf 51,75. Dem Druck der Wollfäbers nachgebend, schwanken wir jetzt um 46 1/2 Dollars für November. Oberägyptische neuer Ernte erweist sich seit ein paar Tagen besserer Nachfrage und teils daran, teils auch wegen der Spekulationsänderung stehen Oktoberkontrakte wieder auf 52 Dollars. Die Spinner scheinen ihr Interesse vorläufig hauptsächlich auf niedrigere Qualitäten konzentriert zu haben und der Stock wird hierin täglich kleiner. Der gesamte noch vorräthige Stock beläuft sich heute auf 545 000 Zentner, meistens mittlere und geringe Qualitäten. Hier und da treibt ein Exporteur, der noch sehr aktiv nach guter Ware ist, ein kleines „good“ auf, auch aber kann auch demnach dafür sorgen.

Das Interesse wendet sich aber jetzt mehr der neuen Ernte zu, und wir sind heute in der Lage, folgende neue Nachrichten aus dem Innern betreffs der Entwicklung der jungen Pflanzungen mitzuteilen. Das Klima war in letzter Zeit im allgemeinen für das Wachstum der Pflanzungen günstig. Im nördlichen Delta, besonders im Behera (Gamanbur) sind die Wälder immer noch kühl und es ist noch kaum zu erwarten, daß hier die Wälder im Wachstum gegenüber dem Normalstand wieder schreitet werden. In den südlichen Teilen des Deltas sieht es in dieser Beziehung besser, und wenn wir erst über den kritischen Monat — d. i. August — hinaus sind, so wird wohl die Verpflanzung dort einbehold sein. Schon jetzt ist die Ernte im Gokubeth nur noch ca. 7 Tage im Wachstum. Die Baumwollpflanzungen sind in Unterägypten fast überall in guter Verfassung; sie leben gesund aus, sind aber noch nicht so weit entwickelt wie letztes Jahr. In verschiedenen Distrikten ist eine neue Krankheit aufgekommen; die Pflanzungen trocknen ein und sterben ab. Man nimmt an, daß der Verlust in den angegriffenen Distrikten etwa 5 Prozent ist. Schon hört man wenig von Vermittlungen der Insekten. Von allen Distrikten hört man zwar, daß andere Wälder ebenfalls durch die Insekten an den Pflanzungen leiden werden, aber die Bauern haben bereits die notwendigen Schritte unternommen, indem sie das Aufblühen des Insektenwälders veranlassen. Die Bewässerung ist in Unterägypten diesmal sehr reichlich gewesen, da der Nil höher liegt als gewöhnlich und die Verpflanzung gegenüber dem Normalstand gemeldet. Allein es dürfte sich hier nur um ein paar Tage handeln, die durch anderen guten Wetterung leicht im Unterägypten, im allgemeinen hat sie aber ausgereicht. Wenn man einen Überblick auf die gesamte Entwicklung der neuen Pflanzungen wirft, so kann man annehmen, daß bei normaler Weiterentwicklung die Ernte besser zu werden vermag, als letztes Jahr.

Industrie und Handel.

(Bekleidungsindustrie G. m. b. H. mit Sitz in Durlach. Gegenstand des Unternehmens: Herstellung und Verkauf von Textilwaren und Herrenkleidern, insbesondere den Fortbetrieb des zu Durlach unter der Firma Bekleidungsindustrie besitzenden, bisher dem Herrn Pittner gehörenden Fabrikbetriebes. Ebenso hat die Gesellschaft das Recht, sich an Unternehmungen gleicher oder ähnlicher Art zu beteiligen, oder sie zu vertreten. Stammkapital 20 000 RM. Geschäftsführer: Marius Pittner, Kaufmann in Durlach und Sigmund Könen, Kaufmann in Karlsruhe.

Oberrheinische Metallwerke A.G. in Mannheim. Die zum Schiele und Bruchhals Konzern gehörende Gesellschaft genehmigte in ihrer kürzlich abgehaltenen 4. ordentlichen G.S., die in dem nurmehr herausgegebenen Geschäftsbericht enthaltenen Vorschläge der Verwaltung. Auch dieses Unternehmen hat nach dem Geschäftsbericht unter den Schwierigkeiten des Jahres 1924 stark zu leiden gehabt. Besonders der Streik in der Metallindustrie und die anschließende Währungsveränderung führten einen großen Produktionsausfall herbei, er aber im Späthjahr durch wieder erwartete große Verkaufserlöse wieder einigermaßen wett gemacht werden konnte. Aus einem Rohgewinn von 280 666 RM verbleibt nach Abzug der Gesamtkosten mit 249 987 RM und Abschreibungen mit 22 848 RM, ein Reingewinn von 7 831 RM, aus dem 2271 RM dem Reservefonds zugewiesen und 5560 RM auf neue Rechnung vorgetragen werden. Im laufenden Geschäftsjahre habe sich der Umlauf ganz wesentlich verbessert, wobei die Gesamtkosten die des Jahres 1924 nicht wesentlich überschritten. Damit ist naturgemäß eine starke Ermäßigung der Herstellungskosten und eine gesunde Relation zu den Verkaufspreisen erreicht. Der Auftragsbestand im Juni belieferte sich auf annähernd 800 000 RM und sichert Arbeit für die nächsten 3 Monate. Der überzählige Teil dieses Auftragsbestandes stammt aus dem Ausland. Es sei im Späthjahr mit weiteren namhaften Aufträgen zu rechnen. In der Bilanz erscheinen unter den Vermögenswerten Immobilien mit 320 000 RM, Maschinen und Einrichtungen mit 84 000, Werkzeuge und Betriebsmittel mit 5 000 RM, der Fuhrpark mit 4 000 RM, Kasse, Wechsel, Postchek und Debitoren mit 176 206 RM, Materialien, Halb- und Fertigfabrikate mit 527 672 RM. Demgegenüber wird ein Aktiva von 700 000 RM, der Reservefonds mit 47 229 RM, Kreditoren, Akteure und Bankschulden mit 303 675 RM, Verpflichtungen an den Schiele u. Bruchhals Konzern mit 80 747 RM und Darlehen mit 33 897 RM, zugewiesen.

Russische Maschinenbestellungen in Amerika. Die Sowjet-Union hat, wie dem D. S. D. aus Moskau geschrieben wird, in Amerika einen Auftrag zur Lieferung von Maschinen für die Textilfabrikation in der Gesamthöhe von 48 Millionen Rubel vergeben. In diesen Tagen wird in Leningrad der Vertreter der Nordamerikanischen Industriebank in Begleitung von Spezialisten für die Einrichtung von Textilfabriken erwartet.

Der drohende Kohlenstreik in Grossbritannien.

(Von unserem Londoner Berichterstatter.)

v. D. London, den 12. Juli.

Wir sehen hier wieder einmal vor einem Kohlenstreik, eine Situation, die vor dem Kriege schon häufig genug eintrat und sich seit demselben in geradezu unheimlicher Weise wiederholt. Mr. Coof, der Sekretär der allgemeinen Grubenarbeitervereinigung, hat gestern abend, nachdem die Intervention des Ministers Bridgeman — als Unterhändler vom dem Kabinett ausgewählt, weil er bei früheren Gelegenheiten als Vertreter des Arbeitsministeriums bei ähnlichen Verhandlungen Erfolg hatte — vorläufig fehlgeschlagen war, erklärt, daß der Streik sicherlich nächsten Monat ausbrechen wird und von vier Millionen Arbeitern anderer Gewerkschaften unterstützt werden würde. Tatsächlich hat der allgemeine Rat des Gewerkschaftsverbandes diese Hilfe zugesagt, sie muß jedoch durch Abstimmung unter den Mitgliedern bekräftigt werden. Wir sind also noch nicht ganz so weit, wie ein Teil der Kampfpresse bereits aus Mr. Coofs Worten schließt. Andererseits hat auch die Regierung vorläufig die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß die Bestrebungen des Herrn Bridgeman doch noch zu einer Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen den Vertretern der Grubenbesitzervereinigungen und denen der Arbeiter führen wird. Die ersteren haben bereits gestern einen Schritt auf dem Wege des Entgegenkommens getan, indem sie eine der zwei bisher gestellten Bedingungen für die Wiederaufnahme der Verhandlungen fallen ließen. Bridgeman meinte, die Arbeiter würden das Gleiche tun, aber sie lehnten ab. Der Beschluß der Arbeitgeber wurde ihnen erst wenige Minuten vor der Abreise von London mitgeteilt, und es ist daher möglich, daß das Angebot in der kommenden Woche auf der Konferenz der Grubenarbeitervereinigungen in Scarborough noch einmal erwogen wird. Und wenn diese Erwartung nicht erfüllt werden sollte, dann wird die Regierung auf alle Fälle noch andere Versuche machen, mit der Einrichtung eines Schiedsgerichtes um. Man braucht also die letzte Hoffnung auf eine friedliche Beilegung des Streites noch nicht ganz aufzugeben, wenn auch natürlich zugelassen werden muß, daß die Lage äußerst ernst ist, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Grubenarbeiter auf der einen Seite keine Vernunft annehmen wollen, sie erklären sich offen, daß es ihnen ganz einerlei sei, ob die Kohlenindustrie sich bezahlet mache oder nicht, sie verlangen genügend Lohn, um so leben zu können, wie sie das für angebracht hielten usw. Auf der anderen Seite stehen die Arbeitgeber einer Industrie, die schon seit Jahr und Tag mit Verlust arbeitet und die gar keine Möglichkeit hat, ihre Produkte vorteilhafter abzusetzen als das bisher der Fall war.

Es hat keinen Zweck, näher auf die Einzelheiten des Streites zwischen den Arbeitern und den Arbeitgebern einzugehen. Die wichtigsten Punkte, um die es sich gerade jetzt handelt, sind überdies in den drahtlichen Meldungen über die einzelnen Entwicklungsstadien des Konfliktes bereits auseinandergesetzt worden, und obendrein handelt es sich in Wirklichkeit um die grundlegenden Prinzipien und Tatsachen, welche wir schon angeführt haben. Sie allein können erklären, warum alle „Einigungen“, welche bei früheren Gelegenheiten getroffen wurden, nur Fiktion waren, und warum das Problem der Kohlenindustrie in England nicht gelöst werden kann, bis nicht eine Regierung stark und mutig genug ist, das Uebel bei der Wurzel anzufassen und die Gewerkschaft der Grubenarbeiter bei der, welche sie unterstützen, zur Reue zu bringen, wenn sie sich nicht von selbst bequemen wollen, die Lage einmal von einem ganz anderen Gesichtspunkt zu betrachten.

Einer der besten Kenner der britischen Kohlenindustrie hat vorige Woche im Unterhaus gesagt, das ganze Problem, um welches es sich handelt, sei mehr geistiger als materieller Natur. Das deutet sich mit dem vorher Gesagten. Die britischen Grubenarbeiter haben, nach dem großen Teil natürlich infolge sozialistischer Agitation, sich nun einmal in den Kopf gesetzt, daß sie ein besonderes Recht auf einen höheren Verdienst und einen besseren „Lebensstandard“ haben als andere Arbeiter. Sie sagen, sie hätten unter der Erde unter weit unangenehmeren Bedingungen zu arbeiten als andere Arbeiter und daher den Anspruch darauf, während der Stunden, wo sie ebenfalls der Erdbewegung seien, besser zu leben, als die Arbeiter der oberirdischen Industrie, welche die Arbeitszeit länger sein müsse als bei anderen Klassen von Arbeitern. Die Produktion, die Arbeit, welche sie während der kurzen Zeit leisten, hat ihrer Auffassung nach gar nichts damit zu tun. Ihre Führer reden ihnen vor, daß sich die Industrie selber bezahlt machen würde, wenn sie nationalisiert würde, und das bleibt das letzte Ziel des Grubenarbeiterverbandes, wenn er für den Augenblick auch einstimmt, daß kein Gebot daran sein kann, dieses Ziel unmittelbar zu erreichen. Das ist der Standpunkt der einen Partei in dem Konflikt: Wir verlangen einen Lohn, der dem Lebensstandard entspricht und nicht nach dem Wert oder dem Ertragswert unserer Arbeit.

Auf der anderen Seite stehen die Grubenbesitzer, welche schon bei dem bestehenden Arrangement keinen Verdienst haben, sondern zum großen Teil mit Verlust arbeiten, wo sie es nicht vorgezogen haben, die Gruben zu schließen und die Arbeit überhaupt einzustellen. Diejenigen, welche noch weiter arbeiten lassen, tun das nur, weil sie hoffen, daß sich die Lage noch einmal bessern könnte und weil sie meinen, daß die Arbeiter schließlich durch die Umstände gezwungen werden müssen, zur Einsicht zu gelangen. Die in der letzten Zeit veröffentlichten Berichte und Statistiken über die britische Kohlenindustrie haben gezeigt, wie die Dinge stehen; es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Grubenbesitzer nichts verbieten haben, doch also ihre Beilegung den Arbeitern nicht helfen würde. Das neben den Arbeitern auch Leute vorhanden sein müssen, welche die Beschlüsse dirigieren und die Büroarbeit machen, geben die Arbeiterführer glücklicherweise und die sogenannten Royalisten, von denen so viel die Rede ist — das sind die Abgaben an den Besitzer des Grund und Bodens — sind so gering, daß ihre Streichung auch nichts helfen könnte. In der bereits erwähnten Unterhausdebatte sagte einer der Vertreter der Regierung, der eigentliche Feind des Grubenarbeiters sei das Del, welches den Verbrauch von Kohle immer mehr zurückdrängt. Das ist gewiß einer der Gründe, warum die Ausfuhr von Kohlen aus Großbritannien und zum Beispiel der Verbrauch an Kohle durch die Flotte so gewaltig zurückgegangen ist und immer weiter zurückgeht. Es hätte noch hinzugefügt werden können, daß während des Krieges die Förderung von Kohle in anderen Ländern ganz gewaltig entwickelt worden ist, daß der Krieg die Kaufkraft überall so verringert hat, daß letzten Endes auch die Kohlenindustrien darunter leiden müssen und endlich, daß der Krieg eine finanzielle Situation geschaffen hat, welche es Ländern mit entwickelter Valuta meistens vorübergehend gestattet, billigere Kohlen zu liefern als England das tun kann. Man will sich hier in so weiten Kreisen nicht an die Erkenntnis gewöhnen, daß ein solcher Weltkrieg in allen Ländern, auch bei den sogenannten Siegern, unangenehme Folgen nach sich ziehen muß. Man kehrt nicht umgekehrt die Hälfte der Welt in einen Krieg hinein. Noch eine andere Folge des Krieges — wenn man so will — ist die bei den gegenwärtigen Schwierigkeiten der Grubenindustrie mit. Während der Kriegszeit brauchte man mehr Arbeiter in den Kohlengruben, teilweise um die zu ersetzen, welche an die Front geschickt werden mußten und teilweise um das große unter der Erde wirkende Heer zu verstärken. Als der Krieg zu Ende war, betrug die Zahl der britischen Grubenarbeiter 160 000 Mann mehr als vor dem Krieg. Diese Leute sind Grubenarbeiter geblieben und stehen auf der Mitgliederliste der Grubenarbeitervereinigungen, welche ihnen verbietet, sich eine andere Beschäftigung zu suchen. Sie müssen von der Industrie mit unterhalten werden oder sie kommen auf die Arbeitslosenliste, selbst wenn sie wo anders Beschäftigung finden könnten. Wir haben also das unfinnige Bild, daß eine Industrie, die weniger Absatz findet als vor dem Kriege, also auch weniger produzieren sollte, mehr Arbeiter unterhalten muß als vor dem Kriege und den Leuten obendrein beinahe den dreifachen Lohn zahlt.

Es ist für jeden denkenden Menschen ganz klar, wo der einzige Ausweg aus diesen Schwierigkeiten liegt. — Zunächst muß die Produktion der Kohle gesteigert werden, und wenn das geschehen ist

— übrigens ein natürlicher Prozeß, der sich ganz von selbst entwickelt, wenn man nicht, wie die Gewerkschaften es tun, ihn durch Zwangsmaßnahmen hemmt. — Dann muß die Gesamtsumme der Löhne herabgesetzt werden, entweder durch Einschränkung der Zahl der Arbeiter oder durch Herabsetzung des Verdienstes des Einzelnen. Der erstere Weg ist natürlich für beide Teile der angenehmste und beste, aber niemand wagt es, diese Forderung auszusprechen. So wirkt die Trägheit der Gewerkschaften. Man redet wohl von der Notwendigkeit der Erhöhung der Produktion seitens jedes einzelnen Arbeiters, aber man vergißt, daß die erhöhte Produktion unter den bestehenden Umständen nur einen Zweck hat, wenn die Zahl der Arbeiter entsprechend verringert wird, wovon die Gewerkschaften nichts wissen wollen.

In die Abänderung des Siebenstundengesetzes für die Grubenarbeiter wollen die Gewerkschaften auch unter keinen Umständen herangehen, obwohl diese Akte ebenso wie verschiedene andere, welche sich auf die Grubenarbeit beziehen, einer Revision dringend bedarf. Das Siebenstundengesetz bestimmt, daß die Arbeiter nicht länger als sieben Stunden unter der Erde sein sollen. In manchen Gruben haben sie nach der Einfahrt noch eine Stunde bis zu der Arbeitsstelle zu gehen, was die Arbeitszeit auf fünf Stunden beschränkt, einschließlich der Pausen.

Frankfurter Abendbörse.

Frankfurt, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Abendbörse verlief anregungslos und hatte weiter stilles Geschäft. Der Aktienmarkt, der zu nachgebenden Kursen verkehrte, war vernachlässigt. Etwas lebhafteren Umsatz hatte der Pfandbriefmarkt, dessen Hauptwerte zu höheren Kursen umgingen. Auch in Kriessanleihen herrschte bei leicht erhöhten Kursen etwas Kaufneigung. Man hörte Kriessanleihen mit 0,24 1/2. Die Abendbörse schloß lustlos.

Schuhgebiete 4500; Kommerzbank 92,12, Darmstädter 118, Disconto 107,50, Dresdener 101,75, Mitteldeutsche Kredit 96, Rheinische Kredit 89,75, Oesterr. Kredit 8,30, Mansfelder 63,25, Kali Werra 122,50, Westeregeln 136,50, Badische Anilin 125,5, Scheidemünze 103,50, Goldschmied 158, Holzverleihung 5,90, A.G. 100, Duderhoff 39, Thüringische Elektrizität 72.

Mannheimer Börse.

Mannheim, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) An der heutigen Börse notierten bei abgedämpfter Tendenz: Badische Anilin 125,5, Verein deutscher Delfabriken 57, Benz 54, Dampfseil Roßberg 2, Anorz Heilbrunn 50, Mes Söhne 53, Redarjulmer Fahrzeugwerke 78, Heidelberger Zement 72,25.

Drahtmeldungen.

Minister Köhler über die Lage der Rheinschiffahrt.

In der heute abgehaltenen G.B. der Badischen A.G. für Rheinschiffahrt und Seetransport in Mannheim und der Rheinschiffahrts-A.G. vormalig Fendel in Mannheim machte der Vertreter der Staatsregierung Minister Dr. Köhler bedeutende Ausführungen über die gegenwärtige Lage in der Rheinschiffahrt. Kommerzienrat Dr. Brofen dankte hierauf dem Minister für dessen klare Ausführungen und verband damit den Wunsch, daß die Darlegungen an maßgebender Stelle auch gehört werden möchten. Die Vorschläge der Verwaltung wurden hierauf einstimmig und ohne Debatte genehmigt.

Bei der Rheinschiffahrts-A.G. vormalig Fendel in Mannheim wurden die turnusgemäß ausweichenden A.Mitglieder wieder und an Stelle von Ministerialrat Dr. Wilhelm Mühe Oberregierungsrat Frh. Seeger-Karlsruhe neu gewählt. Außerdem wurde Max Ruff, Getreideimporteur in Mannheim neu in den A.R. gewählt. In der G.B. der A.G. für Rheinschiffahrt und Seetransport in Mannheim wurden die Regularien ebenfalls einstimmig genehmigt, Vorstand und A.R. Entlastung erteilt und an Stelle des ausscheidenden Ministerialdirektors Dr. Mühe Oberregierungsrat Seeger-Karlsruhe neu gewählt. Außerdem wurde an Stelle des wegen hohen Alters ausscheidenden Direktors Riem-Berlin Direktor Franz von der Portlandzementfabrik Heidelberg neu in den A.R. gewählt.

Mannheim, 15. Juli.

In der heute vormittag abgehaltenen G.B. der Deutschen Seidenwarenfabrik für Kanalisation und Chemische Industrie in Friedrichsfeld (Baden) waren 13 Aktionäre mit 24 001 Stammaktien und 1 180 Vorzugsaktien vertreten. Der Vorsitzende des A.R. Bankier Moritz Bonté gedachte zunächst des Hinscheidens von Direktor Kemmer, der sich unergiebige Verdienste um die Gesellschaft erworben habe. Die Regularien wurden hierauf einstimmig genehmigt, die Dividende auf 4 Prozent festgesetzt, Vorstand und A.R. Entlastung erteilt.

Bad. Rheinfelden, 15. Juli.

Die Badische Personenschiffahrtsgesellschaft hielt ihre erste Generalversammlung ab. Zweck der Genossenschaft ist die Förderung der Personenschiffahrt auf dem Oberrhein, insbesondere der Betrieb, des Personenschiffahrtsoververkehrs auf der Rheinstrecke Bad. Rheinfelden und die Ergraffung aller zur Erfüllung dieses Zweckes erforderlichen und nützlichen Maßnahmen. Die bisherigen Betriebsverhältnisse sind sehr befriedigende. Seit der Betriebseröffnung Anfang Juni, sind 3645 Personen befördert worden, was eine Entnahme von 7239 Fr. brachte. Um die Landungsmöglichkeiten zu verbessern, hat sich das Badische Baudepartement bereit erklärt, einen Plan für die Errichtung eines Landungssteiges an der Schiffände in Bad. Rheinfelden. Die Länge des Bootes beträgt 31,35 Meter, die Breite an Deck 5,3 Meter, Tiefgang beladen 1,10 Meter, Tragfähigkeit zirka 200 Personen. Der Fahrplan ist so eingerichtet, daß neben den regelmäßigen Fahrten Bad. Rheinfelden auch zahlreiche Abend- und Sonderfahrten zur Ausführung gelangen können, zu diesem Zwecke wird denn auch das Boot zu Schul- und Gesellschaftsfahrten zur Verfügung gehalten.

Stuttgart, 15. Juli.

Die 34. o. G.B. der Stuttgarter Rüd. und Mitversicherung A.G. in Stuttgart genehmigte einstimmig die Liquidationsbilanz per 31. 12. 1924 und den Vertrag mit der Stuttgarter-Berliner Versicherungs-A.G. monach des Vermögens als Ganzes an letztere Gesellschaft zum Preise von 500 000 RM. übergeht. Die G.B. ermächtigte einstimmig den A.R. zur Ablehnung eines Kaufantrags der württembergischen Staatsfinanzverwaltung. Neu in den A.R. wurde gewählt: Direktor Dr. Erhard, von der Stuttgarter-Berliner Versicherungs-A.G.

Die G.B. der „Wema“ A.G. in Stuttgart genehmigte die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung für 1924. Der 28 800 RM. betragende Reingewinn wird auf neue Rechnung vorgetragen. Eine Dividende kommt nicht zur Verteilung. Ferner wurde beschlossen, das Grundkapital von 250 000 um 170 000 RM. zu erhöhen. Die neuen Aktien werden dazu verwendet, die aus dem Kauf von Fortifikationanlagen resultierenden Verpflichtungen an die Firma Jean Bacher und Epner durch Eingabe der Aktien zu begleichen.

München, 15. Juli.

Ueber das Vermögen der Firma Trinius Henfling, Möbelfabrik A.G. in München wurde Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses angeordnet.

Essen, 15. Juli.

Wie wir erfahren, erwägt der Fetsenverband für Rheinland und Westfalen die ernsthafte Kündigung des Arbeitszeitabkommens im Bergbau. Ein Beschluß ist noch nicht gefaßt worden.

Die Stinnes Eisen A.G. in Mülheim a. d. Ruhr hat, wie wir erfahren, am Mittwoch vorläufig allen Angestellten, die gefestigt 14tägige Kündigungsfrist haben, zum 1. August gekündigt. Es handelt sich um etwa 20 Angestellte.

Berlin, 15. Juli.

Die vor der Landgerichtskammer für Handelsachen erhobene Anfechtungsklage gegen die bekannte G.B.-Befehlsstelle der Papierfabrik Reisholz A.G. in Düsseldorf vom 26. März 1925 und Umhellung des A.R. ist in dieser Instanz abgewiesen worden. Wie wir erfahren, ist beabsichtigt, Berufung gegen dieses Urteil einzulegen.

Die 1923 in Aktienform überführte Frh. Vogel A.G. in Frankfurt a. M. stellt das A.-R. auf 1 000 000 RM. um. Von 129 Millionen RM. Aktiven entfallen 627 880 RM. auf Debitoren, 406 000 RM. auf Waren und 105 120 RM. auf Immobilien. Die Kreditoren betragen 233 800 RM.

Wie wir aus Antwerpen erfahren, erhält sich dort hartnäckig das Gerücht, daß zwei angelegene Diamanthandelshäuser ihre Zahlungen eingestellt haben.

Die rumänischen Wirtschaftskreise haben nunmehr die Absicht, zur Einführung von Kohlenzuschüssen eine Aktion einzuleiten und für den Waggon Kohle einen Zoll von 3000 Lei zu fordern. Die Zollgebühr wäre etwa 30mal so hoch wie die gegenwärtig zu entrichtende statistische Gebühr.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Eisenzölle vor dem Steuerauschuß. Der Steuerauschuß des Reichstages hat nach zweitägiger Sitzung die Eisenzölle verabschiedet. Im großen und ganzen wurde die Regierungsvorlage für die Tarifnummern 777 bis 805 der eisenhaltenden Industrie ohne Aenderung angenommen. In Fortfall kommt die Umwertung zu Tarifnummer 785 b, wonach Bandblechen in der Stärke von 1,5 mm oder weniger als kaltgewalztes Bandblech zu verzehlen ist. Dagegen soll in den Erläuterungen zum Zolltarif bezw. zum Statistischen Warenverzeichnis eine Bemerkung aufgenommen werden, wonach alles kaltgewalzte Bandblech auch als solches zu verzehlen ist. Während der Entwurf vorjah, daß Feinbleche in einer Stärke von 0,5 mm und darunter im Zollfuß gegenüber dem alten Zolltarif um etwa ein Drittel erhöht werden sollten, hat bekanntlich der Reichsrat diese Erhöhung getrichen. Der Steuerauschuß hat sich entgegen einem Antrag von Dr. Reichert und von einem Ezentualantrage Klingendorff dem Beschluß des Reichstages angeschlossen, doch wurde eine besondere Entschlieung Dr. Reichert angenommen, nach der der Reichswirtschaftsrat bei der kommenden endgültigen Regelung des deutschen Zolltarifs die Frage der Erhöhung der Feinblechzölle von neuem prüfen soll. In einer Entschlieung von Kammer wird verlangt, daß der endgültige Zolltarif noch in diesem Jahre dem Reichstag vorgelegt wird. Bezüglich Kobaltzoll und Zoll auf gußeisernen Röhren sieht der Entwurf keine Aenderung gegenüber dem alten Zolltarif vor. Ein Antrag, diesen Zoll zu beseitigen, wurde abgelehnt. In der bekannten deutsch-französischen Eisenverständigung wird dem Reichstag folgende Entschlieung empfohlen: „Der Reichstag wolle beschließen, folgende Entschlieung anzunehmen: Die Reichsregierung zu ersuchen, ihre besondere Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß im Rahmen der handelspolitischen Abmachungen zwischen Deutschland und Frankreich, und zwar sowohl bei den amtlichen Vereinbarungen als auch bei den unter staatlicher Kenntnis sich vollziehenden privaten Vereinbarungen ohne Gefährdung der deutschen Eisen schaffenden Industrie die Bedürfnisse der deutschen verarbeitenden Industrien sowie des Ausfuhrhandels und der Verbraucher voll gewahrt bleiben. In diesem Sinne ist insbesondere darauf hinzuwirken, daß der deutschen Eisen verarbeitenden Industrie und dem Ausfuhrhandel die Meistbegünstigung seitens Frankreichs eingeräumt wird.“

Papierpreisverhöhung. Obwohl die deutschen Inlandspreise für Papier erheblich über dem Weltmarktpreis liegen, erfolgt jetzt seitens der Papierfabrikanten eine neue Preisverhöhung. Die Preise für holzhaltige und holzfreie Papiere sind um 0,50 und 1 Mark pro 100 Kilo erhöht, die für Feinpapiere sogar bis um 2 Mark. Durch diese Preisverhöhungen kosten Zeitungsdruckpapiere 90 Prozent, Kupferpapiere 100 Prozent und billige Padpapiere bis zu 200 Prozent mehr als 1914.

K. K. Exportsoliditäten. Elektrischer Kran. Die Eisenbahnverwaltung von Neu-Südwales, Sidney, schreibt die Lieferung und Montierung eines elektrischen Krans für die Kraftstation White Bay aus. Rabers: Australia Soule, Strand, St. James, London. Termin: 9. September. — Dampfmaschinen. Das Director General Mechanical Department in Kairo schreibt die Lieferung und Montierung von 2 A. S. B. Dampfmaschinen mit Ueberhebungsrichtung und Kondensier und zwei Zentrifugalpumpen und Schraubennummern aus. Die Montierung soll in West Sakh in der Provinz Beni Suef erfolgen. Informationen durch das Ägyptische Konsulat, Berlin. Termin 18. August. — Baumwollstoffe. Das Reichliche Handelsministerium in Athen schreibt die Lieferung von 200 000 Meter Baumwollstoffen aus. Rabers durch die griechischen Konsulate. Ohne Termin. — Carbid. Die Direktion der Grube Serbit schreibt die Lieferung von 120 000 Kilogramm Carbid aus. Soranischlag 140 000 Lema. Kaution 5 Prozent. Rabers durch das Bulgarische Generalkonsulat, Berlin. Termin 8. August. — Benzin. Die vorstehende Firma schreibt die Lieferung von 30 000 Kilogramm Benzin aus. Soranischlag 450 000 Lema. Rabers wie oben. Termin 8. August. — Weizen. Die Obia schreibt die Lieferung von 8 000 Steinbohlen-Schrauben, 4 000 Zentimeter, 1000 Weilen aus. Soranischlag 450 000 Lema. Kaution 5 Prozent. Rabers wie oben. Termin 7. August. — Kiesel. Die Obia schreibt die Lieferung von 21 800 Kilogramm Kiesel aus. Soranischlag 218 000 Lema. Kaution 5 Prozent. Rabers wie oben. Termin 8. August. — Anschläger. Die Obia schreibt die Lieferung von 10 automatischen Anschlägern aus. Soranischlag 90 000 Lema. Kaution 5 Prozent. Rabers wie oben. Termin 8. August. — Kollger für Kohlenlöcher. Die Obia schreibt die Lieferung von 5 500 Kollger für Kohlenlöcher aus. Soranischlag 815 000 Lema. Kaution 5 Prozent. Rabers wie oben. Termin 6. August. — Strommesser. Die Obia schreibt die Lieferung von 134 Induktionsstrommessern mit den dazu gehörigen Prüfungsanlagen aus. Soranischlag 274 000 Lema. Kaution 5 Prozent. Rabers wie oben. Termin 8. August. — Werkzeugen. Das Reichsfinanzamt Sofia schreibt die Lieferung von Werkzeugen für die Werkstatt der Volkstraktoren aus. Kaution 5 Prozent. Rabers durch das Bulgarische Generalkonsulat, Berlin. Termin 8. August. — Theaterdekorationen. Das Staatstheater von Sofia schreibt die Lieferung von 16 000 Meter Feinmetall für Theaterdekorationen aus. Soranischlag 650 000 Lema. Kaution 5 Prozent. Rabers durch das Bulgarische Generalkonsulat, Berlin. Termin 2. August.

Die Verhandlungen über Wöllersdorf. Nachdem die gerichtliche Erörterung der Wöllersdorfer Angelegenheit durch die Unterbrechung des Prozesses eine Verzögerung erfahren hat, wird sich die Notwendigkeit ergeben, den wirtschaftlichen Fragen, die in Wöllersdorf zu lösen sind, wieder näher zu treten. Der gegenwärtige Zustand kann nicht länger fortgeführt werden, sollen nicht die ganzen Anlagen dem Verfall preisgegeben werden und so den schweren Schädigungen, die der Staat bereits erlitten hat, noch neue, gleichfalls unheimliche kommen. In manchen maßgebenden Kreisen scheint die Auffassung zu bestehen, daß es möglich wäre, einzelne Tochtergesellschaften von Wöllersdorf wieder in Betrieb zu bringen, bezw. neues Kapital für sie zu finden. Man wird abwarten müssen, ob diese optimistischen Anschauungen durch die Tatsache gerechtfertigt werden. Die Stadtgemeinde Wiener-Neustadt beabsichtigt ein gewisses Interesse für Wöllersdorf, zumal sie bereits finanziell eingegriffen hat. Es wäre zu unteruchen, ob sich neues Kapital für die Tochtergesellschaften finden läßt und in Wöllersdorf selbst neue Gesellschaften errichtet werden können. Dann wäre auch der Frage näherzutreten, ob die Vermietung von Grund und Anlagen an eine oder die andere Industrie erfolgen könnte. Schließlich wird auch erwogen, ob die Stadtgemeinde Wiener-Neustadt nicht in größerem oder praktischerem Maße als bisher an Wöllersdorf Interesse nehmen könnte und etwa ihr gehörige Unternehmungen dorthin verlegen würde. So viel scheint nach den offiziellen Bemerkungen festzustellen, daß an eine Liquidierung von Wöllersdorf im gegenwärtigen Augenblick nicht gedacht wird.

Aktive Schweizerische Handelsbilanz. Durch die Steigerung des Exportes nach England vor dem Inkrafttreten der neuen Zölle war schon im Mai ein kleiner Exportüberschuß zu verzeichnen. Im Juni hat sich dieser Exportüberschuß der Schweizerischen Handelsbilanz weiterhin aktiv gestaltet. Die Ausfuhr ist gegenüber dem Mai von 191 auf 209,1 Millionen, also um 18 Millionen gestiegen, während sie sich im gleichen Monat des Vorjahres auf 153,7 Millionen belief. Die Einfuhr hat sich um 11,6 Millionen erhöht und beträgt 197,6 Millionen gegenüber 191,6 Millionen im Juni 1924. Der Exportüberschuß ist also von 5 Millionen im Mai auf 11,5 Millionen im Juni gestiegen.

Russische Textilstücke in Italien. Die russische Handelsmission in Rom hat für 300 Millionen Lire Textilstücke bestellt, die in den nächsten Monaten geliefert werden müssen. In der Beschlusse wurde den Russen großes Entgegenkommen gezeigt. Bei 10 Prozent Anskubung in Gota wurde ihnen eine Frist von über zwei Jahren gewährt.

Zu den Amerika-Verhandlungen der Glanzstoff-Gruppe. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, ist nunmehr die Höhe der zu Zeichnung aufzuliegenden Chares für die neue Anleihe in Amerika endgültig auf 3 1/2 Millionen Dollars festgesetzt. Bereits nächste Woche werden die Zeichnungslisten für die Chares in Holland und Amerika aufgelegt werden.

